

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hülfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 32.

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementspreis 1.50 M. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbekerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,
Sonnabend, 7. August 1909.

Anzeigen kosten die 4 geschaltene Zeile
oder deren Drittel 40 Pf. (der Betrag ist
stets vorher einzusenden.)
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile.

23. Jahrg.

Kollegen! Sorgt für die weitere Ausbreitung des Verbandes!

Über die internationale Gewerkschaftsbewegung.

liegt der 5. internationale Bericht für das Jahr 1907, herausgegeben von dem Internationalen Sekretär, Karl Liegién, vor. Aus ihm ist zu entnehmen, daß die gewerkschaftliche Organisation in den dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Ländern im Jahre 1907 nicht unerhebliche Fortschritte gemacht hat. Zwar ist die Berichterstattung nicht vollständig, weil für die Niederlande, für welche im Jahre 1906 128.845 Arbeiter angegeben waren, für 1907 eine Angabe nicht gemacht ist und für England die 1906 angegebene Ziffer wiederholt ist, da hier die statistische Aufnahme über den Stand der Gewerkschaftsbewegung nicht alljährlich erfolgt. Außerdem sind für die Schweiz 135.377 Mitglieder der Organisation für 1907 angegeben, während für 1906 keine Angabe über die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder gemacht worden ist. Ferner sind für 1907 zum ersten Male für Finnland nähere Mitteilungen über den Stand der Gewerkschaften gemacht und werden 30.000 Mitglieder verzeichnet. Stellen wir für die Länder, für die Vergleiche zwischen dem Mitgliederbestand in den Jahren 1906 und 1907 nicht gemacht werden können, die für eines dieser Jahre bekannte Mitgliederzahl für beide Jahre ein, so ergibt sich für 1906 in den 15 Ländern eine Mitgliederzahl von 6.018.592 und für 1907 eine solche von 6.505.683, d. h. eine Mitgliederzunahme von 487.091.

Im Jahre 1907 waren in den gesamten gewerkschaftlichen Organisationen Mitglieder vorhanden (die Mitgliederzahl für 1906 ist in Klammern beigefügt) in: Deutschland 2.446.480 (2.215.165), England 2.106.283 (2.106.283), Österreich 501.094 (448.270), Italien 387.384 (273.754), Schweden 239.000 (200.924), Belgien 181.015 (158.116), Ungarn 142.030 (153.332), Schweiz 135.377 (135.377), Niederlande 128.845 (128.845), Dänemark 109.914 (98.432), Norwegen 48.215 (26.339), Spanien 32.612 (32.405), Finnland 32.000 (32.000), Bulgarien 10.000 (5000) und Serbien 5434 (5350). Hierzu fügte noch Kroatiens, dessen Landeszentrale Mitteilungen für den allgemeinen Bericht nicht gemacht hat, mit 8700 Mitgliedern.

Für die dem internationalen Sekretariat nicht angeschlossenen Länder resp. die Länder, die keinen Bericht geliefert haben, lassen sich die folgenden Angaben machen: Es waren Gewerkschaftsmitglieder vorhanden in Frankreich (1904) 715.576, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 1.586.885, in Australien einschließlich Neuseeland 213.136. In den 19 Ländern, für die die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bekannt ist, gehören den Gewerkschaftsorganisationen insgesamt 8.029.990 Mitglieder an.

Soweit vergleichbare Zahlen für 1906 und 1907 vorliegen, läßt sich ein Rückgang in der Gesamtmitgliederzahl nur für Ungarn nachweisen. Der Mitgliederverlust entfällt hier jedoch nur auf die Organisation der Landarbeiter. Diese hatte 24.000 Mitglieder im Jahre 1906, dagegen 1907 nur 11.838 Mitglieder. Der Mitgliederverlust ist zum großen Teil auf Abwanderung zurückzuführen. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in der Industrie, dem Handel und Verkehr stieg auch in Ungarn von 129.332 im Jahre 1906 auf 130.192 im Jahre 1907. Die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Organisationen der Landarbeiter scheint auch in den andern Ländern erheblichen Schwankungen zu unterliegen.

In Russland ist es auch im letzten Jahre trotz der größten Anstrengungen nicht gelungen, die erfreulichen Ansätze gewerkschaftlicher Organisation, die nach den ersten Erfolgen der revolutionären Bewegung sich zeigten, weiter zu entwickeln. In der Türkei scheint sich langsam die gewerkschaftliche Bewegung entwickeln zu wollen.

Von England ist hervorzuheben, daß nach der nicht gerade zuverlässigen Streifstatistik Streiks und Aussperrungen in den letzten Jahren eine erhebliche Zunahme aufzuweisen, sodaß der Vorstand des Handelsamtes einen ständigen Ausschuß von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bildet, der zur raschen und erfolgreichen

Beilegung von Differenzen eingreifen soll. Da das industrielle England besonders von der Wirtschaftskrise heimgesucht wird, so wird das Kapitel über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besonders behandelt. Die von staatlichen und städtischen Behörden eingerichteten Notsstandsarbeiten werden für ungenügend erachtet. Von der Arbeiterpartei soll deshalb dem Parlament ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der u. a. die Errichtung eines nationalen Arbeitsamtes und eines Arbeitslosenausschusses verlangt. Das Altersversorgungsgesetz ist seit 1. Januar d. J. in Kraft, 500.000 Personen erhielten am 1. Jahrestag die Pension.

In Holland ist die Gewerkschaftsbewegung durch die langjährige Herrschaft des Anarchismus in ihrer Entwicklung gehemmt worden. Bis vor wenigen Jahren waren alle Gewerkschaften mehr oder minder lose Verbindungen örtlicher Fachvereine mit Ausnahme des Diamantarbeiterverbandes, der von Anfang an zentralisiert war. Der Malerverband zählte am 1. Januar 1908 1710 Mitglieder. Jetzt wird die Weiterentwicklung durch die ungünstige Wirtschaftskonjunktur aufgehoben. Daneben haben die durch den Klerus protegierten christlichen Gewerkschaften noch manchen Zulauf. Für die Einführung eines gesetzlichen Feiertags wurde vereint mit der Partei eine Agitation eingeleitet und diese Forderung der zweiten Kammer unterbreitet. Die Regierung ließ erst Erhebungen über die Wirkung dieses Antrages anstellen.

Belgien zeigt ganz lebhafte Fortschritte in der Gewerkschaftsbewegung und berichtet in großer Ausführlichkeit über jede einzelne Berufsorganisation. Der Verband der Maler hatte am 31. Dezember 1906 nur 305 Mitglieder, am 31. Dezember 1907 ist deren Zahl auf 1756 angewachsen. Auch der sozialpolitischen Gesetzgebung ist ein großes Kapitel gewidmet. Alle die bestehenden Arbeiterschuhgesetze werden als unzureichend bezeichnet, als Karikaturen von dem, was auf sozialpolitischem Gebiet im Auslande existiert, zumal durch Erbitten von königlichen Erlassen und Verfügungen viele in ihrer Wirksamkeit noch aufgehoben werden können.

Dänemark weist nach einem vor Jahren zu verzeichnenden Rückgang in der Mitgliederzahl seit vier Jahren einen ständigen Aufschwung auf, von 65.439 Mitgliedern im Jahre 1904 auf 90.806 Mitglieder im Jahre 1907. Demzufolge waren auch die Erfolge für die Arbeiter recht beachtenswerte. 21 Verbänden ist es z. B. gelungen, für 10.147 ihrer Mitglieder eine Arbeitszeitverkürzung von $\frac{1}{2}$ –4 Stunden zu erzielen. Die soziale Gesetzgebung war nicht gerade unfruchtbar. Außer dem Altersversorgungsgesetz, einer ungenügenden Unfallversicherung und einiger Arbeiterschutzbestimmungen wurde zur Förderung der Arbeitslosigkeit neben Geldunterstützungen durch Aussperrung großer Bauten auf Kosten der Kommunen und des Staates wesentlich beigetragen.

In Schweden stieg die Mitgliederzahl um 47½ Prozent. Ganz enorm ist diese Steigerung in den letzten zwei Jahren, sie beträgt 104.000 Mitglieder. Lohnbewegungen waren recht zahlreich, 71.182 Arbeiter waren an 1136 Konflikten beteiligt. Bei den in Schweden vielfach vorhandenen Kollektivverträgen galt bisher die Praxis, daß während des Bestehens des Vertrages weder Streik, Aussperrung, Pöhlkott noch Sperrre zulässig ist. Die nun entstandenen Arbeitgeberorganisationen wollten sich jedoch das Recht der Sympathieaussperrungen wahren, dem sich die Gewerkschaften widersetzten. Schließlich bestimmten die Gewerkschaften, daß ohne Aenderung an den bestehenden Verträgen Sympathieaussperrungen und Sympathiestreiks zulässig sein sollen.

In Norwegen hat durch weitere Zentralisation einzelner Verbände eine Mitgliederzunahme von 50 Prozent zu verzeichnen. Das Jahr war reich an Arbeitskonflikten. Der bedeutendste unter diesen ist die Aussperrung von 5000 in der Papier- und Zelluloseindustrie beschäftigten Arbeitern gewesen. Die Arbeiter erreichten eine Lohnhöhung von 200.000 Kronen jährlich. Die Arbeiterschutzgesetzgebung versagte in ihren minimalen Anfangen, da-

gegen sollte den Arbeitern ein Buchthaus-Gesetz deutscher Angedenken beschert werden.

Die Gewerkschaftsbewegung in Finnland ist sehr jungen Datums. Die meisten Verbände entstanden in den Jahren 1905 bis 1907, nachdem es gelungen war, durch den großen Nationalstreik die Hindernisse zu beseitigen, die der Organisation der Arbeiter entgegstanden. Bis dahin besaßen die Arbeiter daselbst weder Vereins noch Versammlungsrecht. 1907 ist dann erst die Landeszentrale ins Leben gerufen worden. Der Malerverband wurde 1899 gegründet. 1901 zählte er in sechs Orten 262 Mitglieder, 1907 in 15 Orten 1180. Nach der amtlichen Statistik sind die Konflikte für die Arbeiter mit recht grossem Erfolg gekrönt gewesen; 72 Prozent endeten zu Gunsten der Arbeiter, 28 zugunsten der Arbeitgeber.

Österreich hat in den letzten Jahren relativ die stärkste gewerkschaftliche Entwicklung zu verzeichnen. 186.000 neue Mitglieder wurden aufgenommen, von denen allerdings nur 52.824 den Organisationen treu blieben. Aber auch die Arbeitgeberorganisationen haben in den letzten drei Jahren riesige Fortschritte gemacht. Statistische Erhebungen über Streiks und Aussperrungen werden von Seiten der Landeszentralen nicht gepflegt. Nach den amtlichen Erhebungen haben 998 Arbeitseinstellungen und 21 Aussperrungen in 3300 Betrieben stattgefunden; die Zahl der beteiligten Arbeiter betrug 274.891. Die mit vollem und teilweisem Erfolg für die Arbeiter beendeten Streiks stellten 67½ Proz. aller Aussstände dar. Angriffsstreiks waren 80½ Proz. Die Einführung von Tarifverträgen nimmt stetig zu und konnten u. a. durch diese für 35.622 Arbeiter Arbeitszeitverkürzungen erreicht werden. Auf sozialpolitischem Gebiete wurden Verordnungen der Regierung zum Schutze der Arbeiter in Phosphor- und Zellulosefabriken, für das Maler- und Lackierergewerbe erlassen, auch ist eine sozialpolitische Sektion im Handelsministerium gebildet worden, der eine Reihe großer sozialpolitischer Aufgaben zugewiesen sind.

Zu Ungarn hatte die Gewerkschaftsbewegung unter einer reaktionären Gesetzgebung zu leiden; ein Gesindegesetz und ein Eisenbahngesetz verbietet jegliche Koalitionsbestrebungen dieser beiden Arbeiterkategorien. Auch im allgemeinen wurde das Vereins- und Streitrecht der Arbeiter eingeengt. Die Regierung genehmigte einfach die Statuten der Gewerkschaften nicht und löste obendrein 400 Sektionen auf. Dadurch wurde eine große Abwendung der Arbeiter verursacht. Das Unternehmertum tat ein übriges zur Niederkunft der Gewerkschaften; die Zahl der Aussperrungen stieg um das Doppelte, während die Zahl der Streiks infolge der Wirtschaftskrise um 161 zurückging. Wenn trotz dieser schwierigen Verhältnisse noch durch Streiks und Kollektivverträge für die Arbeiter Verbesserungen geschaffen werden konnten, so spricht das immerhin für einen steigenden Einfluß der Gewerkschaften im Wirtschaftsleben.

In Kroatiens-Slawonien zeigt noch keine streng durchgeführte Zentralisation. Der Arbeiterbewegung stellen sich wegen der schwachen Schulbildung (48 Prozent Analphabeten) große Schwierigkeiten in den Weg. In acht Zentralverbänden sind 4000 Mitglieder organisiert. Nur der Buchdruckerverband gibt ein Fachblatt heraus, das 14-täglich erscheint.

In Serbien ist nur ein schwacher Zuwachs der gewerkschaftlichen Mitgliederzahl zu verzeichnen, es wurden 5434 Mitglieder gezählt. Von den Streiks waren 14 erfolgreich und 15 erfolglos.

Von Bulgarien ist der große Generalstreik der Eisenbahner, an dem sich 3500 Personen, nicht nur Arbeiter, sondern auch Beamte beteiligten, besonders hervorzuheben. Der Streik endete, nicht zuletzt durch die finanzielle Unterstützung des internationalen Sekretariats, mit vollem Erfolge. Conft zeigen die Streiks eine Abnahme. Die Organisation der Staatsbeamten gewinnt dort täglich an Boden; ein Bund der Post- und Telegraphenbeamten wurde gegründet.

In der Schweiz stieg die Mitgliederzahl um 14½ Prozent. Streiks wurden besonders um Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Eine private Aussstellung über Streiks

verzeichnet 183 Streiks, 437 Lohnbewegungen ohne Streiks und 14 Aussparungen. Der Malererverband hat sich nun auch dem Gewerkschaftsbund angeschlossen.

Italien zeigt eine starke Steigerung der Landarbeiterorganisation. Neben aus zahlreich waren Streiks. Auf die Landwirtschaft entfielen 238 Streiks mit 184 167 Streikenden, auf die Industrie 2041 Streiks mit 269 327 Streikenden. Die Zunahme der Streiks wird auf das Erwachen des Klassenbewusstseins der Arbeiter zurückgeführt. Durch die kraftvolle Propaganda der Arbeiter so sich die Gesetzgebung gezwungen, wichtige Arbeiterschutzgesetze einzuführen, darunter die Abschaffung der Nachtarbeit in Fabriken.

In Spanien sieht es mit der Gewerkschaftsbewegung immer noch sehr düstig aus. Eine namhafte Organisation besteht eigentlich nur in Madrid. Der Verband der Dekoratoren und Maler wies im März 1908 drei Sektionen mit 243 Mitgliedern auf. Die Anarchisten, die zwar stark abgewirtschaftet haben sollen, können mit ihren Sonderorganisationen doch immer noch die Entwicklung einer kräftigen Gewerkschaftsbewegung.

Auf die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland brauchen wir wohl an dieser Stelle nicht einzugehen, da wir sie als bekannt bei unseren Kollegen voraussetzen dürfen. Nur soviel sei bemerkt, dass die deutsche Gewerkschaftsbewegung nunmehr auch in der absoluten Mitgliederzahl an der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung marschiert. Der übersichtliche deutsche Bericht wird den ausländischen Arbeitsbrüdern gewiss ein treffendes Bild von unsern festgesetzten Zentralverbänden geben, und unsre Einrichtungen dürften gewiss manchen Landeszentralen als Vorbild dienen. Wenn dann in die internationale Berichterstattung eine größere Einheitlichkeit gebracht wird, dann wird aus der gewiss sehr schwierigen Arbeit der Zusammenstellung der einzelnen Berichte durch den internationalen Sekretär sich noch ein zutreffenderes Bild vom organisatorischen Fortschritt des internationalen Proletariats ergeben.

Das Zentrum als steuerpolitisches Chamäleon.

Nach der letzten Reichstagsauflösung präsentierte sich das Zentrum als starkes Volkswerk gegen neue Steuern, die das deutsche Volk belasten sollten. Der Abgeordnete Erzberger schrieb in einer Broschüre, dass die Regierung mehrere hundert Millionen neuer Steuern brauche, und fragte dann im Brustone der Überzeugung: „Woher sollen diese kommen? Das Zentrum hat es bei der großen Reichsfinanzreform (gemeint ist die von 1906) erreicht, dass der kleine und mittlere Mann nicht oder nicht schwer getroffen sind (!); es hat auch jetzt schon erklärt, dass es keinen Pfennig an neuen Steuern bewillige, ehe nicht die Branntweinsteuern verbessert wird; aus dieser stecken jetzt die großen Brennereien jährlich nahezu 50 Millionen in ihre Tasche, und doch gehören diese Gelde von Rechts wegen dem Reich! Es sind dies „Liebesgaben“ der verschiedensten Art an die ostelbischen und andre Großbrenner! Wenn das Zentrum in alter Stärke wiederkehrt, ist das Volk in seinen breiten Schichten vor neuen großen Steuern bewahrt!

Ganz anders aber ist es, wenn der Anti-Zentrumblock siegt! Die Konservativen haben es schon im Frühjahr 1908 versucht, auf Bier und Tabak hohe Steuern zu legen, Nationalliberale haben es offen erklärt, dass es das Zentrum gewesen sei, das eine höhere Besteuerung dieser Artikel verhindert habe! Wenn also die Gegner des Zentrums siegen, dann folgt eine ungeheure Erhöhung der indirekten Steuern!

Und weiter unten behauptet Herr Erzberger in fettem Druck: „Das Zentrum kämpft für eine gesunde Finanzpolitik! Wir sind gegen die Schuldenwirtschaft! Das Zentrum ist für den Schutz der unteren und mittleren Volkschichten! Wir sind gegen die Erhöhung der indirekten Steuern!“

In einer Rede, die er am 12. Oktober 1908 in Köln hielt, sprach dieser selbe Erzberger: „Die Masse dieser neuen Steuern soll aufgebracht werden durch Belastung des Arbeiter- und Mittelstandes. Ich glaube nicht, dass die Zentrumsfraktion die Hand reicht, um diese große Last dem Arbeiter- und Mittelstand aufzuerlegen. Die neue Reform ist in der Hauptsache eine Mittelstandssfrage. Da muss sich zeigen, wer für den Mittelstand eintritt. Durch eine höhere Belastung von Wein, Bier und Tabak schädigen wir die Industrie und die Arbeiter. Eine Reform der Branntweinsteuern ist absolut notwendig; ihre Ausgestaltung als Fabrikatsteuer mit Staffelung bringt wenigstens 100 Millionen mehr ein; 44 Millionen gehen ein bei Abschaffung der sogenannten Liebesgaben, 20 Millionen durch Vereinfachung der Erhebung.“

In dem offiziellen Wahlaufrufe der Zentrumspartei vom 18. Dezember 1908 lesen wir: „Seien wir uns auch bewusst, dass bei einer anders gebildeten Mehrheit des Reichstages die Garantie entfällt, dass bei der Bewilligung der bereits angestandenen neuen Steuern die von uns immer festgehaltene Schonung der minder-

bemittelten Klassen aufrecht erhalten wird.“

Das allgemeine Zentrumflugblatt enthält folgende Sätze: „Im Frühjahr 1906 hat das Zentrum es verhindert, dass die breiten Volksschichten die Hauptlast zu tragen haben. Aber im Jahre 1907 wird es anders, wenn Konservative und Nationalliberale siegen. Sie haben schon erklärt, dass die einen beim Bier, die andern beim Tabak gern höher in der Steuer gegangen wären, aber das Zentrum ist nicht mitgegangen! Darum: Wähler! Sieh dich vor! Nur in einer starken Zentrumsfraktion liegt die Garantie, dass nicht der kleine Mann unerhört bluten muss.“

Und in einem Wahlflugblatt der Kölnner Zentrumspartei heißt es: „Welche Garantie bietet ein Liberaler, dass die breite Masse des Volkes vor neuen Steuern bewahrt wird? Wenn der Bundesrat, wie bestimmt zu erwarten steht, mit neuen Steuervorschlägen kommt, dann greift er naturgemäß auf die bei der Reichsfinanzreform abgelehnten Projekte zurück, er wird eine neue Bier- und Tabaksteuer vorschlagen. Die Nationalliberalen sind dafür sofort zu haben. Was das Zentrum seit 1879 mit Erfolg verhindert hat, bricht dann über das Volk herein: eine Sturzweile neuer indirekter Steuern! Wer danach Verlangen hat, der gehe hin und wähle liberal!“

Ein Flugblatt des katholischen Volksvereins schreibt: „Die Zeit ist nicht mehr allzu fern, wo der jegliche Volltarif einer Revision unterzogen werden wird; dann wird das Zentrum nicht verfehlten, bestehende Härten zu beseitigen und dafür zu sorgen, dass, soweit dies mit dem Schutz der heimischen Produktion, insbesondere der Landwirtschaft, vereinbarlich ist, die Verbrauchsartikel der ärmeren Bevölkerung entlastet und die der Genussfahrt, dem Brunk und Luzzus dienenden Gegenstände stärker herangezogen werden.“

Der „Arbeitervertreter“ Giesberts renommierte am 13. August 1908 vor seinen Wählern: „Soviel die in Aussicht stehende Finanzreform in Betracht kommt, ist es mein Grundsatz: keine Belastung der wirtschaftlich schwächeren Volksgruppen. Wenn die Reichsfinanzen so versfahren sind, wie man allgemein hört, dann ist ja eine Remedy unbedingt notwendig. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkte, dass man den Schritt einer Reichseinkommensteuer unbedingt machen soll. Unsere indirekten Steuerquellen sind doch nahezu vollständig erschöpft und die weitere Verwendung von Einkünften aus den Lebensmittelzöllen für Bedürfnisse des Reiches muss doch entschieden abgelehnt werden. Dem Volk, welches für Heer und Marine schon so viele persönliche Opfer bringen muss, soll man nicht auch noch die gesamten Unkosten aufhauen, die besser situierten Klassen sind hier heranzuziehen, und die geeignete Form scheint mir die Reichseinkommensteuer.“

Auf dem Delegiertentage des Verbandes westdeutscher katholischer Arbeitervereine, der im Oktober 1908 in Essen tagte, wurde nach einem Referat von Giesberts folgender Resolution zugestimmt, die kurz vorher von den katholischen Arbeiterscretären an die Zentrumsfraktion gerichtet worden war: „Die in Düsseldorf versammelten katholischen Arbeiterscretäre glauben der Meinung der katholischen Arbeiter, wie sie dieselbe in Versammlungen, in persönlichem Verkehr in betreff der in Aussicht stehenden Reichsfinanzreform kennen gelernt haben, in folgender Weise der Leitung der Zentrumspartei zur Kenntnis geben zu müssen:

Es berichtet die Arbeiterschaft sehr befremdlich, dass fast der ganze Beitrag der zur Erhaltung des Reiches notwendigen Steuern von der breiten Masse des Volkes getragen werden soll, wie das in der geplanten Erhöhung der Steuern auf Tabak, Bier und Branntwein aufgeht. Gegenüber der Notlage des Deutschen Reiches verkennt die Arbeiterschaft durchaus nicht die nationale Pflicht, eine Gesundung der Reichsfinanzen herbeizuführen, indessen muss dagegen Einspruch erhoben werden, dass der größte Teil der Steuern wiederum auf die breiten Massen des Volkes abgewälzt wird, während kein ernsthafter Versuch zu erkennen ist, die bestehenden Klassen, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit, zur Besteuerung der Bedürfnisse des Reiches heranzuziehen. Das ist um so mehr geboten, weil die arbeitenden Stände durch den gegenwärtigen Niedergang der Industrie in besonderer Weise betroffen werden und auch schon durch eine Reihe indirekter Steuern belastet werden. Um so mehr ist eine Erfassung der leistungsfähigeren Kreise des Volkes durch direkte Steuern geboten, als dieselben durch indirekte Steuern in besonderer Weise nur wenig getroffen werden können, da sogenannte Luzzussteuern geringe Einkünfte abwerfen.“

Das Zentrum hat sich weder um seine Versprechungen, noch um die Wünsche der katholischen Arbeiter gekümmert, sondern es hat im Bunde mit dem ostelbischen Faktorium dem Volke eine neue Bierhundert-Millionen-Last aufgebürdet. Psui Teufel über eine solche wortbrüchige, schofle Sippeschäft.

Wie lendenhaft klingt demgegenüber die Rechtsfertigung, die die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ von Giesberts, das Organ des katholischen Arbeiterverbandes, versucht,

indem sie schreibt: „Die Zentrumspartei, so versichern uns die Parteiführer, stand vor der Wahl: entweder eine Lösung der Reichsfinanzreform mit den konservativen Parteien zu finden und zu beenden, oder — sich selbst anzugeben. Diese Perspektive soll sich namentlich in den letzten Wochen mit absoluter Sicherheit gezeigt haben. Dass die Partei die Wahl im Sinne einer zu politischer Arbeit gewillten und fähigen Partei entschied, müssen auch wir verstehen. Und können es. Im politischen Leben spielen eben noch ganz andere Dinge mit, Erwägungen, über deren Berechtigung und Richtigkeit eigentlich erst die Geschichte entscheiden kann. Die Gründe, die den Führern unserer Zentrumspartei zwingend erschienen, so zu handeln, wie sie getan, schließen auch unser Interesse als katholische Arbeiter mit ein. Wir haben uns das Vorhandensein solcher Erwägungen gerade bei dieser Reichsfinanzreformfrage nie verhebt; allein so lange die Kräfte miteinander rangen und die Fäden sich schlängeln, musste unser Hauptinteresse naturgemäß darauf gerichtet sein, was es für die Arbeiterschaft zu wahren bezw. zu erringen galt. Nun, da die Schlacht geschlagen ist, haben wir uns als vernünftige Menschen damit abzufinden, was ist, so ungefähr, wie sich manchmal der Gewerkschaftsführer und Verbandsleiter mit Situationen im Gewerbe abzufinden hat. Das Vertrauen zu unserer Zentrumspartei braucht darum keine Einbuße zu erleiden und wird es auch nicht, zumal die Einigkeit der katholischen Arbeiterschaft mit der Zentrumspartei tiefer wurzelt, wie in einer bloßen Nebeneinstimmung nach der sozialen Seite hin. Für solche Erwägungen dürfen wir allerdings bei der Sozialdemokratie kein Verständnis erwarten; sie wird über uns schimpfen und — wir werden sie kühl erwarten.“

Zuerst spreizt man sich als Vorkämpfer und Beschützer des armen Mannes, dann verrät man ihn, dann schwindet man das Blaue vom Himmel herunter und zuletzt wird man frech und unverschämt — das ist die Taktik der Partei, die den Wahrspruch: „Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht!“ im Munde führt, das ist die Partei, der zum überwiegend größten Teil die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften angehören. Der Dummkopf der Massen ist durch das Zentrum, das steuerpolitische Chamäleon, der Lohn ausbezahlt worden.

Zum 25jährigen Bestehen unserer Filiale Hannover-Linden.

Motto: „Die Gründung des kleinen Arbeitervereins wird für den Kulturhistoriker der Zukunft von größerer Bedeutung sein als die Schlacht von Sadowa.“ Dr. Joh. Jakobi.

Zu Weihnachten dieses Jahres wird unser Verband sein 25jähriges Jubiläum feiern. Unter den Orten, die ebenfalls mit Stolz auf ein Bestehen eines Vierteljahrhunderts zurückblicken können, gehört Hannover-Linden, eine der bestorganisierten Filialen unseres Organisations. Am Sonntag den 25. Juli fand im „Lindenhof“ die feierliche Veranstaltung statt, die einen glänzenden Verlauf nahm. Sie bestand in einem Gartenfest und in einer ernsten Feier, an die sich ein Ball schloss. Die prächtige Dekoration des Salas war teils ernster, teils humoristischer Natur. Die gärtnerische Ausschmückung war vorzüglich. Dazu hatten in auffallender Weise eine Zahl Kollegen unter Leitung des Vorsitzenden Hans Kern gute malerische Leistungen, die teils Bewunderung, teils Heiterkeit erregten, geliefert. Während schon das Gartenfest mit seinen zahlreichen unterhaltenden Darbietungen ein sehr reges Leben entwickelte, vermochte bei der ersten Feier der große Saal mit seinen weiten Galerien die große Zahl der Festteilnehmer kaum zu fassen. Zur Teilnahme an der Feier waren Kollegen aus Braunschweig, Celle, Einbeck, Dehausen und Osnabrück erschienen, außerdem Vertreter des Gewerkschaftsvertrags und Wahlvereins sowie Verbandsvorsitzender Coblenz-Hamburg. Die Feier wurde vom Orchester der Bühnenmusik durch eine Heiterwertstrophe von Meherbeer eingeleitet. Nachdem die Biederatfel der Maler den Festgesang von Galeri stimmungsvoll zum Vortrag gebracht hatte, sprach Frau Schubert recht wirkungsvoll den Prolog. Als nun die Biederatfel das Volksfrühlingslied gesungen, hielt Koll. Schubert die Begrüßungsrede. Mederer gab einen geschichtlichen Rückblick auf die verflossene Zeit und erinnerte an die besonderen Ereignisse der gesamten Arbeiterbewegung, um den großen Fortschritt derselben zu kennzeichnen.

Das Bestreben nach Zusammenschluss liegt noch eine Reihe von Jahren weiter zurück. Eine noch vorhandene Kasse mit der Inschrift: „Die vereinigten Maler- und Lackierergesellschaften 1861“ legt Zeugnis davon ab, dass schon im Anfang der sechziger Jahre und wahrscheinlich früher in Hannover Berufvereinigungen bestanden haben.

Wenn damals diese Organisation noch nicht auf demokratischer Grundlage aufgebaut und auch später, in der sogenannten Fachvereinsperiode, das Festhalten am alten noch stark eingewurzelt war, so war das aus der damaligen Zeit heraus zu verstehen. Die damaligen gesetzlichen Bestimmungen über die Koalition in der langen Zeit der Reaktionsperiode ließen kaum einen freien Gedanken aufflammen. Schon lange vor dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes herrschte in Preußen der Geist Lessing's. Mit dem Inkrafttreten des Ausnahmegesetzes wurde auch der vorhandene Zentralverband der Maler, der in Leipzig seinen Sitz hatte, vernichtet.

Im Jahre 1869 wurde hier eine Franzen- und Sternkasse der Maler und Lackierer mit 26 Mitgliedern gegründet. In dieser Kasse, die im selben Quartal auf 40 Mitglieder anwuchs und heute, nach 40 Jahren, nach günstigen Verhältnissen besteht, wurden die Be-

rufssinteressen so gut, wie es nach den Verhältnissen möglich war, vertreten. Die Mitgliedschaft hat es verstanden, die Kasse an den Klippen größter, vorwiegend finanzieller Schwierigkeiten vorbeizuleiten und so zu retten. Unter dem Druck der Verhältnisse hat man sich auch vertraulich an die Innung um Unterstützung gewandt. Aufsäuglich wurde das Gefüll abhängig beschieden, weil sie angeblich bei der Gründung nicht vertragt worden sei. Später, als die Innung eine neue Leitung erhielt, wurde eine Unterstützung von 50 M für ein Jahr gewährt. Über die Erfahrung lehrte bald, daß für diese Unterstützung die Unabhängigkeit des Meisters zum Opfer gebracht werden sollte. Durch eigne Opferwilligkeit wurde die Unabhängigkeit gewahrt.

Anfangs der 80er Jahre führte genannte Kasse noch eine Unterstützungsstätte für reisende Kollegen ein, das Verkehrs- und Herbergswesen wurde durch die Kassenverwaltung, die sich als die Vertretung der Maler- und Lackierergesellen für Hannover und Linden betrachtete, geregelt und beaufsichtigt.

Als aber zu derselben Zeit die Fachvereinsbewegung in Deutschland wieder einzog und man sich den ausnahmengesetzlichen Bestimmungen wieder anzupassen versuchte, war es auch dieselbe Klientel, die im Jahre 1884 einen Fachverein ins Leben rief. Der Zweck des Fachvereins war zunächst, die Geschäftstätigkeit und geistige Bildung zu fördern durch Gründung einer Vereinsbibliothek und Einrichtung eines unentgeltlichen Arbeitsnachweises sowie Ablösung von fachtechnischen und wissenschaftlichen Vorträgen.

Daz man damals schon auf dem richtigen Wege war, dokumentiert uns der § 2 des derzeitigen Statuts, § 2: „Der Verein darf nicht als Lokalverein betrachtet werden, sondern muß bestrebt sein, sich möglichst zu zentralisieren, um mit anderen Vereinen gleicher Tätigkeit in Städten und Ortschaften des Deutschen Reiches in Verbindung zu treten, alle Anfragen möglichst genau zu beantworten und sich stets auf dem Laufenden zu unterhalten.“

Tatschon ein Fachverein ähnlicher Art in noch früheren Jahren bestanden hat, besagt ein Protokoll vom 16. Oktober 1877, in dem die Einberufung des Inventars eines früher bestandenen Lokalvereins, bestehend in Fragekasten, Arbeitsnachweisbuch und braumackter Lade, bestätigt wird.

Als zur Weihnachtszeit 1884 in Dresden ein Kongress zur Gründung einer neuen Zentralorganisation tagte, war auch der hiesige Fachverein vertreten.

Diese neue Zentralorganisation gliederte sich in Gauvereine. Am 27. Juli 1885 wurde auch hier mit 37 Mitgliedern an Stelle des Fachvereins ein Gauverein gegründet. Die neben der Kranenkasse bestehende Unterstützungsstätte für reisende Kollegen wurde aufgelöst und Kasse nebst Inventar dem Gauverein überwiesen.

Eine Zentral-Krankenkasse der Maler usw. war von Hamburg aus gegründet worden. Eine Verschmelzung mit der am Orte bestehenden Kasse kam nicht zustande, eine Filiale der Zentralkasse, die heute noch besteht, wurde trotzdem errichtet.

Als sich die Wirkung des Verbandes nach außen hin bemerkbar machte vom — Linden i. B. wird der erste Streit gemeldet —, da wird auch schon von gegnerischer Seite versucht, den jungen Verband als sozialistisch zu denunzieren. Das Organ des Malerbundes macht in einem Artikel diesen Versuch. Es war dieses ein Mittel, wenn auch verwerflich, aber unter damaligen Verhältnissen sehr gängig und bequem.

Zum April 1886 fand in Hannover die erste Generalversammlung des neuen Verbandes statt. Der Gauverein Hannover stand neben Berlin und Hamburg an dritter Stelle. Die Verhandlungen ergaben ein recht ungünstiges Bild über die damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse, so daß der hiesige Vertreter den Hunger als den uns innig verbindenden Mittel bezeichnete.

Bei der damaligen Rechtsunsicherheit befanden sich untreue Kollegen in einer schwierigen Lage. Infolge der Definition des § 152 der Gewerbeordnung durch das Reichsgericht durfte sich der Verband, um nicht mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen, mit sozialpolitischen Gegenständen nicht befassen. Alle Fragen über Arbeiterschutz, Normalarbeitsstag, Altersversorgung usw. wurden als öffentliche Angelegenheiten angesehen und konnten nur in öffentlichen Versammlungen erörtert werden.

1887 im Januar zählte der hiesige Gauverein 167 zahlende Mitglieder und erhielt fortwährend neuen Zufluss. 1888 wurde das damalige Fachorgan „Der Correspondent“ verboten und an dessen Stelle trat der noch heute bestehende „Vereins-Anzeiger“.

In demselben Jahre fanden die ersten freiwilligen Sammlungen zu einem Streifondus statt. Das war die erste Vorbereitung zur ersten Lohnbewegung.

Am 6. Juli 1888 bildete sich eine Kommission, um die Vorbereitung zur Gründung eines Gefangenvereins in die Wege zu leiten und am 6. August entstand die „Liebertafel der Maler“ mit Herrn Kellermann als Dirigenten an der Spitze. Diese Liebertafel wurde als Mitglied des Verbandes betrachtet und gegenseitige Unterstützung zugesagt. Mit wenig Unterbrechung besteht die Liebertafel heute noch. Sie kämpfte mit den größten Schwierigkeiten. Stets hat sie durch gute gesangliche Leistungen den unterstützenden Teil der Festlichkeiten unterstützt.

Das Jahr 1889 brachte die erste statistische Erhebung, zu dem Zwecke, Unterlagen für die aufstellende Forderung zu gewinnen. Im Oktober zählte die Filiale 250 Mitglieder. Im Monat Dezember wird der Zugang von Hannover ferngehalten.

Das Vorpostengefecht hatte nun begonnen, es wird von Maßregelungen, Ausschluß eines Mitgliedes wegen Aftordarbeit berichtet. Auch hatte sich der Verband der besonderen Aufmerksamkeit der Polizei zu erfreuen. Den Arbeitsnachweis will die Innung nach der „Heimat“ verlegen. Die Massengesetze und Kampfgefährung kommen jetzt auf beiden Seiten schärfer zum Ausdruck.

Zum Frühjahr 1890 brach der Streit aus, nachdem die Forderung: 8-stündige Arbeitszeit und 45 M Mindestlohn von den Meistern abgelehnt war. Dieser Kampf ging nach sechs Wochen verloren und warf die Organisation auf Jahre zurück. Trotzdem der Lohn durch den Streit eine neuwertige Erhöhung erfahren hatte, zogen sich die meisten Kollegen zurück. Für die noch übrig gebliebenen überzeugten Kollegen war die Organisationsspitze sehr erschwert, denn das Vertrauen zur Organisation hatte einen argen Stoß bekommen.

Die Innung stellte nun einseitig am 23. September 1893 eine „Arbeitsordnung und Arbeitsvertrag“ auf und führte diesen „Vertrag“ am 1. Oktober ein, um wahrscheinlich zu beweisen, daß auch sie einer vertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht ablehnend sei. Wie sich die Innung einen solchen Vertrag in ihrem Interesse dachte, davon eine Probe durch den § 2, welcher lautete:

Der Lohn wird nach Stunden berechnet und zwischen Meister und Gehilfen je nach der Leistungsfähigkeit des letztern bei der ersten Lohnzahlung verneint und festgestellt.“

Die Arbeitszeit sollte 10 Stunden dauern und Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 25 bzw. 50 Proz. vergütet werden. Die Einhaltung dieses von der Innung einseitig beschlossenen Vertrages wurde selbst von ihren Urhebern nicht befolgt. B. B. besagte der § 13, daß der Lohn wöchentlich ausgezahlt werden sollte, dabei führte ein Vorstandsmitglied der Innung die 14-tägige Lohnzählung ein. Die Lohnhöhe hing nicht von der Leistungsfähigkeit ab, sondern von Angebot und Nachfrage und vor allen Dingen von der Stärke der Organisation. So wurde der Stundenlohn bis zu 28 M herabgedrückt. Von Bezahlung irgend eines Aufschlags für Überstunden etc. war keine Rede mehr. Recht häufig wurde dem eingestellten Gehilfen ein Abschlag bezahlt, um ihn in der zweiten Woche mit einem recht geringen Lohn abzuspeisen bezw. zu entlassen.



Im Walde.

„Klein Mittagessen fünf Tage schon,
Die Heimat so weit, kein Geld und kein Lohn
Statt Arbeit zu finden, nur Hunger und Not.
Nur wandern und betteln und kaum ein Stück Brot.“

Was liegt der Handwerksbursch in den Wald?
Was läuft ihm übers Gesicht so kalt?
Was sieht er trostlos in den Raum?
Was irrt sein Auge von Baum zu Baum?

Die Sonne sinkt und Stille ringsum,
Die Drossel nur lärmst noch, sonst alles stumm.
Was schaukelt der Erlbaum am Waldbstrand?
In seinen Nesten ein Mensch verschwand.

Von seinem ärmlichen Bündel den Strud,
Er legt um den Hals ihn, um Wirbel, Genid,
Dann läßt er sich fallen — nur kurz ist die Dual,
Er sah die Sonne zum letzten Mal.

Der Tau fällt auf ihn, der Tag erwacht,
Der Birn flötet, der Tauber lacht.
Es lebt und lebt, als wär nichts geschehn,
Gleichgültig wispern die Winde und wehn.

Ein Jäger kommt den Hügel herab
Und sieht den Erbängten und schneidet ihn ab,
Und macht der Behörde die Anzeige schnell;
Gendarmen und Träger sind bald zur Stell.

In hellen Glacés ein Herr vom Gericht,
Der prüft, ob kein Raubmord, wie das seine Pflicht.
Sie tragen den Leichnam ins Siechenhaus,
Und dann, wo kein Kreuz steht, ins Feld hinaus.

Da niemand zuvor den Toten gesehn,
Erhält er die Nummer dreihundert und zehn;
Drei Hundert und neun schon liegen im Sand,
Wer hat sie geliebt, wer hat sie gekannt?

Der Dichter dieses ergreifenden sozialen Stimmungsbildes, Detlev von Liliencron, ist am 23. Juli d. J. in Alt-Rahlstedt bei Hamburg im Alter von 65 Jahren verstorben. In seinen früheren Jahren führte er in formvollen Dichtersprache scharfe und überzeugende Hiebe in Liedern, Balladen, Romanen, Kriegsromänen und Dramen gegen die geistige Rückständigkeit und prohige Gesellschaftsmoral des deutschen Spiekhertums. Später schien ihm die Gnadenonne regierender Personen, trotzdem hat er als „Freiherr“ aber nie seine Liebe und Mitgefühl zum Volke vergessen. Und darum wird das Andenken dieses Mannes bei der aufwärtsstrebbenden Arbeiterschaft auch über sein Grab hinaus in ehrender Erinnerung bleiben.



In den elf Jahren, von 1890 bis 1901, wurden mehrfach Versuche gemacht, eine neue Lohnbewegung einzuleiten. 1897 fanden auch Verhandlungen statt. Leider konnte durch die Schwäche der Organisation eine Arbeitszeitstellung noch nicht durchgeführt werden, und auf friedlichem Wege wurde in Hannover-Linden nichts gegeben. 1898 erstand in Linden eine eigene Filiale und in Hannover die Filiale II der Lackierer. In demselben Jahre, am 30. November morgens 5 Uhr, glaubte die Polizei eine ganz besondere Entdeckung zu machen. Eine anarchistische Verschwörung sollte entlarvt werden; 25 Verhaftungen bezw. Haftsuchungen wurden vorgenommen, darunter befanden sich zehn Maler. Ein Kollege, und zwar der harmloseste unter allen, wurde noch vier Wochen in Untersuchungshaft behalten. Gefunden konnte nichts werden; eine Anklage konnte ebenfalls nicht erfolgen. Trotzdem wurden die einzelnen Personen noch jahrelang überwacht und verfolgt. Die übliche „Politisch-Erklärung“ der Gewerkschaften traf auch den Maler-Verband.

Um eine bessere Stabilität zu erreichen wurde später die Hausfassierung eingeführt. Hier stellten sich neue Schwierigkeiten heraus. Schon bei dem Lohnkampf 1890 wurde über die feindliche Stellung eines großen Teiles der Frauen zur Organisation geklagt, die an der Niederlage als mitschuldig bezeichnet wurden. Derselben feindseligen Haltung begegnete man jetzt wieder bei der Abholung der Beiträge; das gab Veranlassung, die Aufklärungsarbeit bei den Frauen zu betreiben, eine neue und wichtige Aufgabe für die Hausfassierer. Nebenbei fanden Versammlungen mit Hinzuzeichnung der Frauen statt.

1901, im Monat Mai, kam es nach elf Jahren erneut zur Arbeitszeitstellung. Die Forderung war aus taktilen Gründen recht beschrieben: 40 Pf. Minimallohn und 9½-stündige Arbeitszeit. Es bestanden drei Meisterorganisationen. Die eine hatte die 9½-stündige Arbeitszeit bewilligt, die andere den Minimallohn bewilligt und die Arbeitszeitkürzung abgelehnt. Die Lindener Meister lebten dagegen alles ab. Eine auffällige, aber keine neue Erscheinung war dabei, daß die eigentlichen Leiter des Streiks 1890 hier im Meisterlager als grimmigste Männer dieser viel befriedigenderen Forderung als vor elf Jahren auftraten. Der Streik dauerte eine Woche und endete mit vollem Erfolge.

Von dieser Zeit an machte sich ein ständiger Aufschwung bemerkbar. 1904 kam es zum albermaligen Streit, der 13 Wochen dauerte. Die Forderung lautete auf 50 Pf. Minimallohn und neunstündige Arbeitszeit. Es kam zum Schiedsspruch durch das Gewerbegegericht. Prophetisch erklärte ein Meister bei den Verhandlungen: „Meine Herren, wenn wir 50 Pf. Stundenlohn bezahlen müssen, sind wir ruiniert!“ — Der gefallene Schiedsspruch wurde von den Kollegen abgelehnt und der Streit abgebrochen. Ein Jahr später brach der Streit, nachdem eine Einigung wieder nicht erzielt werden konnte, abermals aus und endete nach sieben Wochen mit einem Tarifabschluß auf drei Jahre. Auch die Lackierer blieben von Kämpfen nicht verschont. Eine zweimalige Aussperrung in der Maschinenfabrik, sowie Streiks und Aussperrungen in kleineren Betrieben mußten geführt werden. Auch mehrfache Gefängnisstrafen, sowie Geldstrafen brachten die Kämpfe für einige Kollegen durch Denunziationen verräterischer Elementen mit sich.

Zum ersten Male konnte 1908 auf friedlichem Wege eine beiderseitige tarifliche Vereinbarung erfolgen. Es hat jahrelang hartnäckiger und mit zäher Ausdauer geleisteter Arbeit bedurfte, um die Kinderjahre durch Schulung und Überzeugung der Mitglieder zu überwinden. Die letzten acht Jahre waren Jahre eines glänzenden Aufschwungs. Nach einer jüngstigen Zahlung im April d. J. waren eingerechnet auch die zur Aufnahme nicht geeigneten, noch ist nicht organisierte Kollegen vorhanden. Die Organisationsfähigkeit hat sich weit über die Grenzen des Stadtgebietes in die Provinz erstreckt, so daß gegenwärtig 938 Mitglieder vorhanden sind. Wurden in früheren Zeiten, als wir noch schwach waren, unsre überzeugten und opfermütigen Kollegen des älteren von ihren eigenen indifferennten Kollegen verböhnt und verachtet, so weicht heute im Gegensatz zu früher die kleine Anzahl noch abseits stehender Kollegen meist mit scheuen Blicken der organisierten Kollegenschaft aus, offenbar weil sie wissen, daß sie in ihrer Organisationschule unverhütlig handeln.

Die bei der Gründung festgelegten Grundsätze: Gründung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Förderung der geistigen Bildung, Ausgestaltung der Bibliothek und des Arbeitsnachweises, Pflege der Berufsstatistik, sind um ein bedeutendes gefördert worden. Die Errichtung eines eigenen Bureau und Anstellung eines Geschäftsführers am 1. Januar 1908 und die weitere Anstellung eines Ginkasslers im vorigen Jahre waren die Folgen dieses glänzenden Werdeganges. Durch die großen Kämpfe, durch die Schulung und Disziplinierung der Mitglieder, durch die treue Mitarbeit solcher braver Kollegen ist die Filiale Hannover-Linden groß geworden. Diese Tatsache gibt die Hoffnung auf eine weitere erfolgreiche Entwicklung. Möge diese Jubelfeier neue Anregung dazu geben!

Nach einem wirkungsvollen Mahnmal an den jungen Nachwuchs, in denselben Bahnen weiter zu wandeln, wie die Alten es getan, stimmt die Festversammlung begeistert in ein Hoch auf den Verband und die Arbeiterbewegung ein.

Im Namen der gesamten organisierten Arbeiterschaft Hannover-Lindens brachte Arbeitersekretär Schrade die Glückwünsche für den Jubelverein in einer feierlichen Ansprache zum Ausdruck.

Hierauf hielt Kollege Tobler den Festvortrag, in dem er den Werdegang des Verbandes eingehend schilderte. Bereits im Jahre 1869 sei eine Zentralorganisation der Maler geschaffen, die allerdings durch die damaligen politischen Wirren, sowie durch innere Zwistigkeiten bald wieder zugrunde gegangen sei. Der Gedanke der Zentralisation habe aber weiter Wurzel gesetzt. Schon im Jahre 1872 seien lokale Kämpfe um Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage geführt worden. 1877 wurde in Leipzig ein Kongress abgehalten, um aufs neue eine Zentralorganisation ins Leben zu rufen, die aber schon im nächsten Jahre dem Ausnahmegesetz zum Opfer fiel. Erst 1884 fand wieder eine neue Organisation geschaffen werden. An Versuchen, den Gedanken der Zentralisation möglichst schnell zu fördern, hat es nicht gefehlt. Bereits im Jahre 1892 wurde in Frankfurt beschlossen, einen internationalen Kongress abzuhalten, um auch über die Grenzen Deutschlands hinaus die Maler zu organisieren. Dieser Beschuß konnte aber wegen der damals vorhandenen eigenen Schwäche nicht zur Ausführung gelangen. Innere Zwistigkeiten, sowie die vereinsgesetzlichen Bestimmungen der einzelnen Bundesstaaten (Sachsen, Bayern) waren Schwierigkeiten, die erst überwunden werden mussten. Seit 1897 ist unser Verband, unbekümmert um die einzelnen Zwistigkeiten und Schikanen der Arbeitgeber und Behörden, unablässig vorwärts gegangen. Redner schwärzte die verschiedenen Kämpfe und die großen Erfolge, die in den letzten zehn Jahren erreicht wurden und berührte zum Schlus die gegenwärtige ernste Situation der Tariferneuerung. Wenn nun auch unsre Organisation mächtig genug sei, auch diese Aufgabe zu lösen, so müsse doch mit allen Kräften auf dem weiteren Ausbau unseres Verbandes stets gearbeitet werden. Mit einem Hoch schloß Redner unter sturmischen Widerhall der dicht gedrängten Zuhörerschaft seinen Vortrag. Besondere Erwähnung verdienten die guten Leistungen der Liebertafel der Maler, unter Verstärkung der kurzen Zeit, die ihr zur Einbildung zur Verbindung stand. Nachdem das gemeinschaftliche Lied unter Orchesterbegleitung gesungen war, trat der Tanz in seine Rechte und hielt die Teilnehmer noch bis zum frühen Morgen zusammen. Allgemeine Freude und Zufriedenheit herrschte über die wohlgelebte Jubelfeier, die noch lange in Erinnerung blieben wird.

Wirtschaftliche Auswirkungen.

Die Abwälzung der neuen Steuern. — Geplante Erhöhung des Bierpreises. — Besteuerung der Haushaltskosten. — Besserung der Ernteaussichten.

Das Interesse der weitesten Kreise konzentriert sich gegenwärtig auf die Durchführung der neuen Steuern, die zum Teil schon in diesem Monat in Kraft treten. Die Abwälzung auf die Konsumanten wird bei Kaffee, Tee, Bier, Zigaretten, Zündhölzern und Glühkörpern vom Detailhandel unter Beihilfe der heimischen Produzenten, soweit solche in Frage kommen, fleißig vorbereitet. Und auch die Periode der Vorbereitung wird noch benutzt, um die Kauflust des Publikums besonders stark anzuregen, in einer Zeit, wo die Geschäftswelt über arge Sommerfülle klagt. Man soll sich als kluger Konsumant ein ganzes Lager von Zigaretten, Zündhölzern, Glühkörpern, Kaffee und Tee hinlegen. Freilich, diese Vorschläge sind schneller gemacht als ausgeführt. Gerade in der Arbeiterbevölkerung dürfte bares Geld zur Anschaffung solcher Vorräte recht knapp sein. Auf Kredit bekommt aber nur der begüterte Teil der Konsumanten Vorräte ins Haus geliefert.

Wie es nicht anders zu erwarten war, sucht ein Teil Geschäftsleute aus der Steuererhöhung insofern möglichst einen Nutzen zu ziehen, als sie die Abwälzungsumme auf den Konsum etwas höher bemessen, als sie tatsächlich ausmacht. Ein musterhaftes Beispiel, wie es nicht gemacht werden soll, bieten die Vertreter der Brauereien und Gastwirte. Sie haben in einer Versammlung in Berlin Preiserhöhungen für das Bier vorgeschlagen, deren Durchführung zur Folge hätte, daß ein Bißliches der Steuerbelastung dem Konsum aufgebürdet würde. Es sollte eine großzügige Preispolitik durchgeführt und ein einheitlicher deutscher Biertarif geschaffen werden. Es soll nicht bestritten werden, daß die finanzielle Lage des Brauerei- und Gastwirtsgewerbes sich in den letzten Jahren weniger befriedigend, zum Teil sogar unbefriedigend verändert hat. Nur sollte auch hier nicht übertrieben werden. Wenn z. B. auf die stark gestiegenen Löhne hingewiesen wird, über deren Höhe man in Streiken der Brauereiarbeiter ganz anders denkt als bei den Arbeitgebern, so soll doch auch nicht übersehen werden, daß infolge der technischen Entwicklung des gesamten Betriebes in den Brauereien während der letzten Jahre die Ersparnis an menschlicher Arbeitskraft ganz erheblich aufgenommen hat. Auf eine Einheit fertiges Produkt kommt heute merklich weniger menschliche Arbeitskraft als vor einigen Jahren. Das dürfte wohl auch von den Arbeitgebern kaum bestritten werden. Dabei kann natürlich die absolute Zahl der Arbeiter noch zunehmen, vor allem kann der Lohn für die einzelnen Arbeiter steigen. Über nichtsdestoweniger muß zugegeben werden, daß die Lage des Brauereigewerbes weniger rentabel ist, als sie vor ein paar Jahren noch war. Wenn Brauereien und Wirthäuser die Steuer und noch einen guten Prozentsatz darüber, der sich in möglichen Grenzen bewegte, auf den Konsum abzuwälzen versucht hätten, so wäre vom Standpunkt einer Interessenspolitik, wie sie heute nun einmal gang und gäbe ist, wenig dagegen zu sagen und zu machen gewesen. Wenn aber die Brauereien und Gastwirte geglaubt haben, durch ihre Preiserhöhungen ein Bißliches der Steuerbelastung aus dem Konsum herauzuholen zu können, dann haben sie eben die Rechnung ohne den Punkt gemacht. Rundschlag kam es zu keiner Einigkeit zwischen den Brauereien, zu keiner Einigkeit unter den Gastwirten und weiter zu scharfen Protesten aus den Kreisen der Konsumanten. Man wird annehmen dürfen, daß es nicht bloß bei mindlichen Protesten bleibt, sondern daß gegen unmäßige Erhöhungen des Bierpreises die Konsumanten mit einer scharfen Abnahme der Nachfrage nach Bier reagieren werden. Ist es doch vorgekommen, daß zum Beispiel in Essen, wo der Preis für Lagerbier vor kurzem noch 30 Pf. pro Liter betrug, die Verdoppelung dieses Soakes in Aussicht genommen wurde. Dabei macht die Steuerbelastung pro Liter noch lange nicht 2 Pf. aus! Da der Bierkonsum im Volkshaushalt eine ganz wesentliche Rolle spielt, so ist die Höhe des Bierpreises eine nicht ganz unwichtige Frage. Das deutsche Volk gibt für sein Bier mehr als 2 Milliarden Mark aus oder zirka 6 bis 7 Proz. seiner geleisteten Ausgaben. Seder Pfennig, um den das Liter Bier sich verteuert, ergibt eine Mehrausgabe von rund 70 Millionen Mark. Beträgt der Aufschlag 5 Pf., so kommt das einer Mehrausgabe von nicht weniger als 350 Millionen Mark gleich. Bei 10 Pf. Aufschlag sind es schon 700 Millionen Mark. Bei einem solchen Gewicht des Konsums muß man auch die Preispolitik so einstellen, daß sie in den Grenzen eines erträglichen Maßes bleibt. Das hat die Vertreterversammlung der Interessenten in Berlin nicht getan, und deswegen kann nicht entschieden genug gegen die Preispolitik Widerspruch erhoben werden.

Das Eintretreten der neuen Steuern fällt zudem in eine wirtschaftliche Periode, die nicht nur die Abwälzung auf den Konsum sehr kritisch gestaltet, sondern in der auch die sich kaum erst erholtene Kaufkraft der Bevölkerung von neuem geschwächt wird. Man darf nicht übersehen, daß in den letzten Monaten der Maigrund ausschließlich aufwärts und sich infolge des jetzt nachwirkenden Einflusses der hohen Getreidepreise merklich erholt hat. Gegen Januar betrug die Besteuerung im Juni schon 3,8 Proz. Würde Arbeitsgelegenheit und Lohnsatz in relativ raschem Anwachsen begriffen sein, so würden solche Besteuerungen wenigstens zu keinen ehrlichen Bedenken Anlaß geben. Aber im laufenden Jahre und momentan in den Sommermonaten ist die Erholung des Beschäftigungsgrades noch keineswegs so kräftig, um hohe Warenpreise spielend überwinden zu können. Im August kommen nun noch die ersten Aufschläge aus der Reichsfinanzreform zu den bisherigen Erhöhungen hinzu. Das ist für ein Jahr der Erholung eine Kraftprobe, von der man nicht von vornherein sagen kann, wie sie endet, ob die gewerbliche Erholung sich im Herbst als stark genug erweisen wird. Arbeitsgelegenheit und Verdienst so zu haben, daß der Konsum im allgemeinen seinen bisherigen Umfang beibehalten und noch ausdehnen kann, oder ob das Wohlverhältnis zwischen Warenpreisen und Kaufkraft zu einer nochmaligen Erhöhung des wirtschaftlichen Organismus führen wird.

Erfreulicherweise gestalten sich die Ernteaussichten besser als man angenommen hatte. Auf den Kapitols die Führung, und erst in den allerletzten Tagen melden die amerikanischen Getreidebörsen einen merklichen

Umschwung, von dem nur zu wünschen ist, daß er sich nachhaltig auf dem gesamten Getreidemarkt fortsetzen möchte. Wie sich in Deutschland die Beurteilung der Saaten gebessert hat, das ist aus einer Gegenüberstellung der Saatenstandardsarten aus den letzten Monaten deutlich zu erkennen. Dabei ist zu bemerken, daß die Note 1 den Stand der Saaten als sehr gut, 2 als gut, 3 als mittel (durchschnittlich), 4 als gering und 5 als sehr gering charakterisiert. Die Saatenstandardsnoten für die wichtigsten Feldfrüchte waren in den letzten Monaten folgende:

	Winter-Weizen	Sommer-Spelz	Winter-Moggen	Sommer-Kartoffeln
April	3,1	—	2,7	3,0
Mai	3,1	2,6	2,6	2,6
Juni	3,0	2,7	2,4	2,8
Juli	2,8	2,5	2,3	2,6

Gegen Juni hat sich der Stand aller aufgeführten Feldfrüchte gebessert. Bei allen ist nach den amtlichen Noten ein über dem Durchschnitt liegender Ernteertrag zu erwarten. Auch die Nachrichten über die Ernteaussichten im Ausland lauten in letzter Zeit sehr viel ermutigender als noch im Vorvorjahr. So wird für Russland eine sehr befriedigende Ernte in fast allen Gegenden dieses großen Agrarlandes prognostiziert. In Österreich-Ungarn und nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten sind die Erwartungen auf eine quantitative und qualitative bessere Ernte gleichfalls im Wachsen begriffen. Tressen die Erwartungen ein, so ist höchstlich damit der Weg für eine Ermäßigung der Getreidepreise gebahnt.

Berlin, 25. Juli 1909. Rich. Galwer.

Delegierten im Zustimmenden Sinne gewirkt hat. Auch auf der im März d. J. in Köln stattgefundenen Generalversammlung war es der Delegierte von Leipzig, Kollege Klubutsch, der der Einführung der Arbeitslosunterstützung das Wort gerecht hat und dabei die Bemerkung macht, daß ohne diese Unterstützung der Bestand der Organisation in Frage gestellt sei. Wenn nun in den letzten zehn Jahren die angestellten und nichtangestellten Delegierten gemeinsam den Ausbau des Unterstützungsweisen innerhalb der Organisation gefördert und dabei die Zustimmung, besonders der Leipziger Mitglieder, erlangt haben, so kann man einen solchen Zustimmungswechsel, wie er durch die Annahme der Resolution gegeben ist, nur als eine abnorme Erscheinung oder als eine gewöhnliche Phrase, wie sie bei den Anarchosozialisten gang und gäbe ist, bezeichnen.

In der Resolution heißt es ferner: „Um einer weiteren Absplitterung vorzubeugen, fordern die Versammelten: 1. daß der Hauptvorstand mit aller Energie für die Rechte der Mitglieder eintrete; 2. daß das Selbstbestimmungsrecht den Mitgliedern in allen Punkten wiedergegeben wird; 3. keine Beamten auf der Generalversammlung mehr mit Stimmrecht zugelassen, weil die Beamtenten dieses Recht missbraucht haben.“

Den Leipziger Kollegen dürfte es schwer fallen, irgendwie den Nachweis zu führen, daß vom Hauptvorstand nicht alles getan und versucht wurde, um möglichst alle Kollegen der Organisation zuzuführen und sie ihr als Mitglieder zu erhalten. Dass sich trotz aller Mühe eine „christliche“ und „Hirsch-Dunkersche“ Organisation, dabei noch einige Volksorganisationen gegründet haben, liegt gewiß nicht im Schuldenkonto des Hauptvorstandes, sondern hierbei spielen Verhältnisse mit, auf die näher einzugehen, der Raum des Blattes nicht ausreichen würde. Wenn ähnlich wie in Berlin und Hamburg einige Anarchosozialisten auf Grund nichtausgedehnter Einrichtungen unsres Verbändes zu Sonderorganisationen schritten und sich ähnliches in Leipzig bemerkbar macht, so müssen wir schon solche Erscheinungen mit in Kauf nehmen. Da wir können uns nur freuen, wenn solche Elemente uns den Rücken lehnen, es bleibt uns dabei die Mühe erspart, solche Elemente früher oder später als Verräiter der Arbeitersache aus der Organisation ausschließen zu müssen. Ich persönlich bin der Meinung, daß wir durchaus richtig handeln, wenn wir solchen Querströmen, wie sie bei den Anarchos zu finden sind, keinerlei Konzessionen machen.

Zuvorweile die Kollegen in Leipzig durch die bisher gesuchten Beschlüsse im „Selbstbestimmungsrecht“ geschmälerter worden sind, und wieviel die Angestellten unsres Verbandes von dem Stimmrecht innerhalb der Organisation Missbrauch getrieben haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Allgemein gehaltene Anschuldigungen, ohne bestimmte Präzisierung, lassen keine sachlichen Aussehungen zu und muß man etwas bestimmter in solchen Fragen sein.

Nebrigens steht es den Fizialen resp. den Mitgliedern vollkommen frei, Angestellte oder Nichtangestellte als Delegierte zu den Generalversammlungen zu entsenden. Eine durchaus den Grundsätzen unsres Verbandes entsprechende Einrichtung.

Wollen die Mitglieder der Leipziger Filiale eine rein soziale Erwagung über die über jene Beschlüsse der Generalversammlung oder sonstige Einrichtungen der Organisation unsres Verbandes pflegen, so steht dem gewiß nichts im Wege, aber die so dargebrachte Resolution zeigt einen solchen Willen nicht, sondern atmet den Geist der „Beamtenhebe“, die in Leipzig bekanntlich unter der glorreichen Führung der „Leipz. Volkszeit“ einen besonders geeigneten Nährboden gefunden hat. M. Z.

Im Schopfheim im Wiesental, einem kleinen Städtchen im südlich badischen Schwarzwald, fängt in den letzten Jahren die Arbeiterbewegung an sich kräftig zu entwickeln. Die Kollegen unserer Organisation waren schon wiederholt daran, den zum Teil vorstülplichtlichen Ansprüchen den Karren zu machen, leider haben die Versuche nicht immer den gewünschten Erfolg gezeitigt. Zumeist ist seit zwei Jahren die zehnständige Arbeitszeit eingeführt; auch das Kosten- und Logiswesen hat sich bis auf eine Werkstatt verbessert, daß voller Stundenlohn bezahlt wird. Durchschnittlich sind hier 15 bis 20 Mann beschäftigt. Bedauerlich ist es, zu konstatieren, daß sich bisher nicht einmal die paar Männer geschlossen den bravourigen Verhältnissen entgegenstellen wollen. Wie überall unter zwölfjährigen immer ein Verräter lautet, so auch hier. Trotzdem haben sich am 6. Juli einige Kollegen zusammengefunden zur Gründung einer Zahlstelle, um einmal gründlich aufzuräumen zu können. Es ist zu erwarten, daß in absehbarer Zeit die biegsigen Kollegen bis auf den letzten Mann organisiert sind. Dringend notwendig ist dies, das zeigen uns die Verhältnisse, wie sie in einer größeren Werkstatt, der von Emil Schaubhut (nicht zu verwechseln mit Herm. Schaubhut) vorliegen. Herr Emil Schaubhut hat eine jüngste Werkstatt d. h. er erhält für jeden Lehrling einen Staatszuschuß von 200 M. eine Summe, die er bequem in die Tasche stecken kann, ohne eine nennenswerte Kontrolle bezüglich seiner gegenwärtig dreier Lehrlinge zu fürchten. Laut Bundesratsverordnung vom Jahre 1908 sollen jedem Beschäftigten Kundenbuch, Nagelbüste, Seife geliefert werden, sofern Bleifarben zur Verwendung kommen. Herr E. Sch. jedoch braucht dies alles nicht, das sind für ihn unzutreffende Ausgaben. Es ist die einzige Werkstatt noch, die Wochenlohn bezahlt, trotzdem werden den Kollegen die Feiertage rubig abgezogen, was diese sich bis jetzt ruhig gefallen ließen. Auch betrifft Kosten- und Logiswesen steht es hier nicht zum besten. Zahlreiche Klagen hierüber liegen uns vor. Zu berücksichtigen ist es, daß die Ortspolizei sich wegen der Schlafräume nicht schon längst dafür interessiert hat. Als Mitglied des Arbeitgeberverbandes offeriert er sich sofort jedem, der ihn an seine rücksichtigen Werkstattverhältnisse erinnert. Obwohl er seit unbesteter Zeit nicht mehr ernsthaft beim Arbeiten gesehen worden ist, berichtet er es doch, alle möglichen Ausprächen gegenüber den Kollegen zu erheben, nicht etwa in einer fauleren exalteten Arbeit, nein der Hauptfache nach im Draufloschaffen, im Willestreben. Wirklich tüchtige Arbeiter haben denn auch nicht lange bei ihm aus. Eine weitere recht schärfmächerische Eigenschaft dieses Herrn ist die, daß er fortgesetzt versucht, die Kollegen untereinander zu verheizen. Erwähnenswert werden sich bestimmt ein Ende zu bereiten. Darauf gilt es für uns, in die Kollegen einen kameradschaftlichen,

Aus unserem Berufe.

Noch ein Wort zur Leipziger Resolution. In der letzten Nummer des Vereins-Anzeigers befindet sich ein Versammlungsbericht der Filiale Leipzig mit der daselbst zur Annahme gelangten Resolution, deren Inhalt man als eine Abnormität bezeichnen kann, indem er sich völlig von dem in der Versammlung erörterten Thema loslöst und Dinge der Organisation berichtet, die man seit Jahren als erledigt betrachten kann. Es ist nun nicht meine Gewohnheit und auch durchaus nicht üblich, Versammlungsberichte, Resolutionen und sonstigen Beschlüssen mit Erörterungen im Vereins-Anzeiger nachzugehen, jedoch in diesem Falle möchte ich die Redaktion des Vereins-Anzeigers um eine Ausnahme erlauben, weil ich als Referent in der Versammlung (abgeschlossen) durch einen Teil der Mitglieder verhindert wurde, auf die Angriffe gegen die Organisation und den tendenziösen Inhalt der Resolution zu erwidern. Nachdem die Resolution sowohl im B.-A. wie auch in der „Leipz. Volkszeit“ befürwortet wurde, glaube ich mit Recht an dieser Stelle die darin enthaltenen Pretilmer feststellen zu dürfen.

Die Resolution heißt es: „Die Versammlung verurteilt die Haltung ihrer Beamten auf der Generalversammlung, weil diese jeden Funken revolutionären Geistes der Mitglieder zu ersticken suchen, um die Organisation zu einer Unterstützungsvereinigung zu machen.“ Ich möchte hierzu hinzufügen, daß die Zillen-Leipzig, auf allen bisher stattfindenden Generalversammlungen, wo über das Unterstützungsweisen gesprochen wurde, durch ihre

solidarischen Zug hinein zu bringen. Etwas mehr gegenseitiges Vertrauen und möglichste Vorsicht jeglicher Intrige von Seiten der Unternehmer wird uns zum Siele führen. Halten wir tren und kollegial uns an die Devise:

"Nicht betteln, nicht bitten,
Trotz Elend und Toch;
Vor mutig gestritten,
Die Wahrheit siegt doch!"

Versammlungsberichte.

Hamburg. Generalversammlung am 26. Juli 1909. Nach Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung wurde zunächst die Aufstellung eines Kandidaten zwecks Wahl eines Mitgliedes zur Zentraltarifkommission durch die Wahl des Stell. de Haas, daß der Reineinnahme von 26.526.— Mk. eine Ausgabe von 21.715.— Mk. gegenübersteht, so daß ein Überschub von 3811 Mk. sich ergibt. Der Betragswertstand der Fazile beträgt somit 35.225,14 Mark oder pro Mitglied 10,54 Mk. gegen 8,42 Mk. des zweiten Quartals 1908. Die günstige Arbeitsgelegenheit bewirkte, daß die Aufnahmen, 573, um 94 höher waren als im gleichen Quartal des Vorjahrs, jedoch war der Zugang um 146 geringer und beziffert sich der Mitgliederbestand zur Zeit auf 3341. Hieron entfallen auf das Stadtgebiet Hamburg-Altona-Wandsbek 2800 Mitglieder. Die bessere Arbeitsgelegenheit bewirkte, daß 73,42 Prozent der Mitglieder mit ihren Beiträgen nicht über 4 Wochen gegen 60,28 Prozent des zweiten Quartals 1908 im Rückstand waren.

Folgende Zahlen illustrieren den Geschäftsgang am Arbeitsnachweis. Arbeitssuchende Kollegen wurden eingetragen 1710 (im gleichen Quartal des Vorjahrs 1908), offene Stellen wurden angemeldet 1745 (1973), befreit wurden 1209 (926), also 259 Arbeitsuchende weniger, 772 offene Stellen mehr und 383 besetzte Stellen mehr. Soweit also das zweite Quartal in Frage kommt, ist es für die Fazile wie auch für die einzelnen Mitglieder ein in jeder Beziehung günstiges zu nennen und zwar so, wie es sich Redner seit langer Zeit nicht mehr zu erinnern vermag.

Erläutert ist es vielleicht dadurch, daß durch die Tarifregelung in ganz Deutschland der Zugang kein so großer war, dann infolge der schlechten Witterung im Vorjahr und da der Winter sich bis in die zweite Hälfte des März hinzog, die hierdurch zurückgestellte Arbeit mit der des zweiten Quartals zusammen in Angriff genommen wurde. Auch das Bundeschießen wird veranlaßt haben, daß ein Teil Arbeit, das sonst später gemacht worden wäre, schon in diesem Quartale mit erledigt wurde.

Bekannt sei, daß nach den Pfingstfeiertagen eine allgemeine Geschäftsfreizeit und somit eine große Arbeitslosigkeit eintritt, die allmählich abnehmend, mit dem Beginn der Sommerferien durch die Inangriffnahme von Staats- und Privatarbeiten, wenn nicht ganz verschwindet, so doch durch letztere ganz erheblich herabgemindert wird.

Wie sieht es nun in diesem Jahre aus? Bis zu diesem Augenblick, wo schon die Ferienarbeit im Gange ist, ist die Arbeitslosigkeit nicht geringen geworden, sondern noch gestiegen und liegen die Zahlen in folgendem begründet: Wie schon erwähnt, ist, veranlaßt durch das Bundeschießen ein ganz Teil der Sommerarbeit in diesem Frühjahr mit fertiggestellt worden. Sodann läuft die seit Wochen andauernde Steigerung die Außenarbeit nur in begrenztem Maße zu. Vorstehendes, in Verbindung mit den Maßnahmen der Unternehmer bezüglich der Aussperrung der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter zusammenwirkt, steigert die Arbeitslosigkeit, obwohl unser Beruf nicht direkt an der Aussperrung beteiligt ist, ganz enorm. Teilweise sind die Brüder durch die Bauherren für unsere Kollegen ebenfalls gelockt und die Bauten, wo sonst entsprechend dem Fortschreiten des Baues immer entsprechend Malergehüßen beschäftigt werden, liegen auch still. Dazu kommt, daß die Brüder, die mit den scharwackerischen Maßnahmen der Baugewaltigen sympathisieren, mit ihren Privatarbeiten ebenfalls zurückhalten und daß, wie es den Anschein hat, von den öffentlichen Arbeiten auch nur das zwingendste in Auftrag gegeben worden ist.

Einen ungünstigen Maßstab der Arbeitslosigkeit im Gegenzug zu der des Vorjahres geben die Zahlen der wöchentlich zweimal stattfindenden Arbeitslorentrollen für die Kollegen, die sich zwecks Erlangung von Arbeit durch unsren Arbeitsnachweis haben eintragen lassen: die Zahlen in Klammern sind die des Vorjahres. Die einzelnen Daten sind vom 2. bis 27. Juli: 113 (99), 188 (102), 189 (94), 156 (109), 157 (88), 186 (76), 123 (60), 120 (51) oder im Durchschnitt an den einzelnen Kontrolltagen 135 (85). Zu beachten hierbei ist, daß die Zahlen, statt wie im Vorjahr eher eine aufsteigende als eine absteigende Tendenz zeigen. Zu beachten ist auch ferner, daß die Zahlen nur einen Vergleichswert besitzen, denn die Arbeitslosigkeit ist bedeutend größer und kann deshalb nicht einheitlich angegeben werden, weil bei der Aussichtslosigkeit, schnell Arbeit zu bekommen, viele Kollegen sich nicht erst im Arbeitsnachweis eintragen lassen.

Anschließend an die Ausführungen des Vorredners berichtet Spitz über die von der Ortsverwaltung abgehaltenen Sitzungen. Besonders die Aufstellung der neuen Forderungen unserer Wohn- und Arbeitsbedingungen hatten auch eine Reihe von Versammlungen in unseren Zahlstellen, wo die Verwaltung vertreten sein möchte, verursacht. Ferner erörtert Redner die Lohnbewegungen von Elmshorn und Winsen, sich dahin erklärend, daß sie deshalb noch nicht zu Ende geführt werden konnten, weil der Zugang nicht in genügendem Maße ferngeblieben sei. Zum Schluß kommt Redner auf die durch die Aussperrung im Baugewerbe entstandene Arbeitslosigkeit in unserem Berufe zu sprechen; die Verwaltung empfiehlt die Aufnahme einer Statistik, um authentisches Material zu bekommen, insbesondere unser Beruf in Mittelbehörden bezogen sei und auch auf Grund des gewonnenen Materials event. später weitere Maßnahmen getroffen werden können. Zu dem Punkt „Beitragserhöhung“ berichtet der Kollege Buch, daß nach dem Beschluss der letzten Mitgliederversammlung die beschlossene Beitragserhöhung mit dem 1. August d. J. in Kraft treten sollte. Hieron müßte zunächst Abstand genommen werden, da vom Hauptvorstand noch keine Zustimmung erteilt sei. Wenn von den vorliegenden Forderungen deshalb Bedenken erhoben seien, weil von der Generalkommission alle diesbezügliche gestellten Anträge abgelehnt wurden, so erblickt die Verwaltung in dem Beschluss keinen Widerspruch hierzu, denn eine Reihe Anträge zur Generalkommission

verlangten die Beitragsbefreiung auf Konto der Hauptkasse, während nach der von unsrer Versammlung angenommenen Vorlage die Kosten durch die Filiale getragen würden. Gerade jetzt in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges zeigt sich bei unsren Mitgliedern eine gewisse Misstrauensgefahr, weil in andren Berufsorganisationen zum Teil Erwerbslosenunterstützung gezahlt werde, während unsre Organisation in keiner Weise in der Lage sei, die Mitglieder tatkräftig zu unterstützen. Durch die vorgenommene Aussperrung im Baugewerbe seien gleichfalls unsre Mitglieder ganz bedeutend in Mitleidenschaft gezogen und man habe sich auch schon mit der Unterstützungsfrage beschäftigt, es müsse damit gerechnet werden, daß derartige Situationen sich des öfteren wiederholen und weil grundsätzlich wir alle auf dem Standpunkt stehen, keinerlei Geschenke zu, sondern nur das uns zustehende Recht zu beanspruchen, so könne das Vertrauen zur Organisation auch nur dadurch gestärkt werden, wenn in all solchen Fällen den Mitgliedern eine statutarische, nach der Dauer der Mitgliedschaft bemessene Unterstützung gewährt werden könne. Schon die ersten Gründungen von Gesellenverbänden dienten dem Zweck der gegenseitigen Unterstützung und heute benötigen wir dies mehr denn je. Bei der Regelung des Arbeitsvertrages müsse das persönliche Recht sich den Gesamtinteressen unterordnen, ebenso sei bei der Unterstützungsfrage jeder einzelne verpflichtet, dazu mit beizutragen, was die Gemeinschaft benötige. Innerhalb unsres Berufes sei es außerordentlich schwer, eine obligatorische Erwerbslosenunterstützung derart einzuführen, daß sie unsre Mitglieder nur einigermaßen zufrieden stellt. Die beschlossene facultative Unterstützung finde nicht die erwartete Sympathie bei den Kollegen, weil man überhaupt schon gegen jeden Extrabeitrag sei. Wenn von den früheren Generalversammlungen Beitragserhöhungen beschlossen wurden, so sei stets eine allgemeine Opposition aufgetreten; nachdem man aber den Filialen das Recht eingeräumt habe, die Höhe des Beitrages selbst zu bestimmen, so sei man nicht nur dieser unliebsamen Opposition begegnet, sondern die Beitragserhöhung habe in weit größerem Maße Platz gefunden. Gegenüber würden wir in dem Ausbau der Unterstützungsseinrichtungen nur vorwärts kommen können, wenn den einzelnen Filialen hierzu das Recht eingeräumt würde. Die Kampfsweise innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen habe heute durch die Schaffung von Tarifverträgen andre Formen angenommen, denn während der Zeit des Waffenstillstandes zeigt sich zum Teil auch eine gewisse Gleichgültigkeit bei den Mitgliedern, wobei man ganz außer Betracht lasse, daß heute, wo auch das Unternehmertum sich organisiert habe, die Kämpfe weit schärfere Formen angenommen haben und daß zur Vertretung unsrer wirtschaftlichen Interessen wir jederzeit gerüstet auf dem Posten sein müssen. Deshalb sei es dringend nötig, daß wir alle im Beruf Beschäftigten nicht nur für unsre Organisation zu gewinnen, sondern auch zu erhalten suchen. Die Erfahrung zeige uns aber, daß durch die ungünstigen Erwerbsverhältnisse die Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstand bleiben und infolgedessen ein Teil derselben für uns verloren gehe. Diesem glauben wir dadurch zu begegnen, daß die Mitglieder während der Zeit der Arbeitslosigkeit und Krankheit zunächst vom Beitrag befreit werden sollten. Es wäre dann durch weitere Beitragserhöhung zu ermöglichen, unsre Mitglieder während der Zeit der Arbeitslosigkeit derart zu unterstützen, daß sie wenigstens vor der bittersten Not geschützt werden. Nach den gestellten Anträgen steht eine Beitragserhöhung eintreten zu lassen, ohne in anderer Weise den Mitgliedern etwas zu bieten, dem könne die Verwaltung nicht zustimmen; sie unterbreite deshalb den Vorschlag, das Inkrafttreten des gefassten Beschlusses so lange zu verzögern, bis eine Genehmigung des Vorstandes und Ausschusses vorliege; jeder einzelne möge aber dahin wirken, über den gefassten Beschluss der Beitragserhöhung Aufklärung bei denjenigen Kollegen zu schaffen, die nicht in der Versammlung waren, so daß bei der endgültigen Einführung auch eine Kräftigung der Organisation zu erwarten ist. Die Versammlung erklärt sich mit den Vorschlägen der Verwaltung einverstanden.

Sicherlohn. In unsrer letzten Mitgliederversammlung wurde beschlossen, das Verkehrslokal nach der Restaurierung zur Waldschule, Brüderstraße, zu verlegen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir aber auch an unsere Kollegen die Wohnung richten, die Versammlungen zahlreich zu besuchen, wie überhaupt an den Agitationstreibungen unsres Verbandes ein regeres Interesse zu zeigen. Die jetzige Zeit ist am geeignetesten, unsre Stellen zu verstärken, da gilt es für jeden Einzelnen, mit Hand anzulegen, nur durch vereinte Kraft ist es möglich, vorwärts zu kommen. Kollegen, erfüllt Eure Aufgaben!

Gewerkschaftliches und Soziales.

Zum Kampfe im Hamburger Baugewerbe. Die in diesem Kampfe wochenlang anhaltende Stille ist nun einer feierhaften Aufregung gewichen. Wenigstens kommt diese Aufregung bei den Unternehmern recht deutlich zum Vorschein. Die Mitglieder der „Freien Vereinigung der Maurer Hamburgs“ sind jetzt ziemlich alle in Arbeit getreten. Von keiner gelben Organisation kann ärgerer Verrat an der Arbeiterschaft begangen werden, als dies hier durch die „Freie Vereinigung“ geschehen ist. Seit mehr als acht Jahren haben diese „frei vereinigten“ Maurer den Unternehmern Helferdienste geleistet. Ueberall, wo die Unternehmer sich in einer bedrängten Lage gegenüber dem Zentralverband der Maurer Deutschlands befanden, ist die „Freie Vereinigung“ auf dem Plan erschienen und hat dann gemeinsam mit den Unternehmern den Zentralverband bekämpft. Als Lohn für diese langjährigen Dienstleistungen wurde die große Mehrzahl der Mitglieder der Vereinigung zu Unfang der Aussperrung ohne irgend welche Ursache auf die Straße gesetzt. Alles Betteln und Flehen des Vorstandes der Vereinigung war vergeblich. Die Unternehmer waren erbitterlich. Die „Freie Vereinigung“ mußte ihren ungenügenden Geldmitteln kam in eine sehr bedrängte Lage, erst nach Ablauf der dritten Woche konnten ihre Mitglieder 10 Mk. pro Woche an Streikunterstützung erhalten. Aber aus dieser Drangsalierung durch die Unternehmer hat die „Freie Vereinigung“ keine Lehre gezogen. Nachdem der Kampf acht Wochen dauerte und den Unternehmern soviel schon das Feuer auf den Rücken brachte, da mußte die „Freie Vereinigung“ wieder den Kettner in der Rot spielen. Der Bund der Maurer und Zimmermeister hat mit dem Vorstande der „Freien Ver-

einigung“ einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Mitglieder der Vereinigung die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen. Das ist selbst den lokalorganisierten Bauarbeitern zu stark, einem Verein, der sonst der „Freien Vereinigung“ ziemlich verwandt ist. Die lokalorganisierten beschlossen, daß keines ihrer Mitglieder mit den „Freien Maurern Hamburgs“ zusammenarbeiten darf. Die Unternehmer müssen nun dafür sorgen, die genügende Zahl Hülfsarbeiter für die Streikbrecher zu beschaffen. Zu diesem Zwecke hat sich der Baugewerbeverein mit dem Agenten Müller, in Firma „Auguste Müller“ Wandsbek — der als Streikbrecheragent eine Berühmtheit ist — in Verbindung gesetzt. Dieser Herr läßt von seinen Untergestalten ganz Deutschland bereisen und versucht Arbeitswillige nach Hamburg zu bringen.

Wie mehrere von der Firma „Auguste Müller“ nach Hamburg geschleppte Arbeiter berichten, soll Herr Müller in den letzten Tagen voriger Woche seine Werbetätigkeit in der Gegend von Solingen, Mühlheim, Ohligs usw. entfalten. Dieser Tage soll ein größerer Transport aus dieser Gegend nach Hamburg abgesoben werden.

Die im christlichen Verband organisierten Maurer, die bisher am „Bieberhaus“ bei der gesperrten Firma Sachs — trotz der vom Verband verhängten Sperre — mit circa 60 Mann weiterarbeiteten, haben an diesem Bau die Arbeit eingestellt, angeblich konnten die Christlichen das Arbeitsverhältnis nicht lösen, weil sie durch einen Akkordvertrag gebunden fühlten. Nachdem die Firma nun Arbeiten verlangte, die mit dem Akkordvertrag nichts zu tun haben, wurde die Arbeit eingestellt. Die Streikleitung der Maurer ist von dem Sekretariat der christlichen Gewerkschaften in Kenntnis gesetzt, daß die Mitglieder des christlichen Verbandes zu den alten Bedingungen an keiner Arbeitsstelle in Arbeit treten werden. Am 27. Juli tagte im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung derjenigen Frauen, deren Männer am gegenwärtigen Ausland beteiligt sind. Die Versammlung war stark besucht. Frau Steinbach referierte über den Lohnkampf und die Aufgaben der Frauen in diesem Kampf. Die Versammlung legte Zeugnis dafür ab, daß die am Kampf beteiligten Arbeiter in ihren Frauen begeisterte und mutige Kämpfer gefunden haben. Neue Eingangsverhandlungen sind durch eine unparteiische Person angebahnt worden und sollen am Dienstag den 3. August stattfinden.

Deutsche Arbeiter, trinkt keinen Fusel mehr! Unter dieser Überschrift richtet „Der Gewerksverein“ an die deutschen Arbeiter nachstehenden Mahnbrief: „Die vom Zentrum den Konseriativen angebotene Erneuerung und Erhöhung der Liebesgabe an die Branntweinbrenner war der Preis, für die Konseriativen mit dem Zentrum die sogenannte Finanzreform gemacht haben. Bier, Branntwein, Kaffee, Tee, Tabak, Zigarren und Streichhölzer usw. werden als Waren des Massenverbrauchs erheblich im Preise gestiegen. Die Armen sind belastet worden, um die Reichen schon zu können. Da richten wir die ernste Frage an die deutschen Arbeiter, ob sie dazu beitragen wollen, daß diese Politik zugunsten reicher Liebesgabenempfänger zum Erfolg geführt wird. Das sollte unter allen Umständen verhindert werden. Viele Menschen trinken heute schon gar keine alkoholischen Getränke mehr. Über die allerdings weit größere Zahl deutscher Arbeiter, die einen erfrischenden Trunk gefunden Biers nicht entbehren mögen, die auch die anregende Wirkung einer Zigarette oder einer Pfeife Tabak nicht missen wollen, auch darüberhin mit der Familie eine Tasse Kaffee oder Tee trinken wollen, sollten sich sagen, daß der Branntwein gemieden werden könnte. Wie die Welt sollte vor nun an der Schnaps gemieden werden. Die deutschen Arbeiter sollten es entschieden ablehnen, die den Spiritusbrennern von Gesetzen wegen zugesprochene Liebesgabe aus ihren Taschen aufzubringen. Die Liebesgabenempfänger dürfen nicht noch den Triumph erleben, daß das deutsche Volk, auf dem sie so rücksichtslos herumtrampeln, sich ihnen freiwillig tributpflichtig macht. Deshalb, deutsche Arbeiter, trinkt keinen Fusel mehr!“ Mit diesen Worten können wir uns vollständig einverstanden erklären.

Die Handlungsgehilfen und die Reichsfinanzreform. Zu denjenigen Abgeordneten, die im Reichstage zugunsten der Agrarier für die neuen, Handel und Gewerbe belassenden Steuern stimmten, gehört der Antisemit W. Schack, Vorsteher des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Sitz diese Stellungnahme für den Leiter einer Handlungsgehilfenorganisation schon befremdlich genug, so war es noch verwunderlicher, daß der selbe Abgeordnete zugleich gegen jene Anträge stimmte, die eine Unterstützung der durch die neuen Steuern geschädigten Angestellten und Arbeiter beabsichtigten. Für alle diese Unterstützungsanträge stimmten neben den Sozialdemokraten die Kreislinien und Nationalliberalen. Der Abgeordnete Schack aber stimmte gegen die Unterstützung der durch die neue Branntwein- und Brausteuer geschädigten Angestellten und Arbeiter. Bei der Beratung des Tabaksteuergesetzes stimmte Schack zwar für den schwächeren Unterstützungsantrag des Zentrums zugunsten der Arbeiter, aber gegen einen weitergehenden Antrag, der auch die Unterstützung der geschädigten Angestellten aussprach. Es ist begreiflich, daß die Haltung Schacks in den Kreisen der kaufmännischen Angestellten das größte Aufsehen erregt und viel besprochen wird. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands (Sitz Hamburg) hat ein Massenflugblatt herausgegeben, in dem die Haltung Schacks charakterisiert und aus seiner antisemitischen Parteirichtung erklärt wird. Es ist zu erwarten, daß diese neueste Leistung des antisemitischen Handlungsgehilfenführers seinen Anhängern zu denken geben wird und daß sie ihrerseits aus dem Verhalten Schacks die richtigen Konsequenzen ziehen werden, nämlich dessen Verbände den Süden lehren und der gewerkschaftlichen Organisation, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands (Sitz Hamburg) sich anschließen werden.

Zur Frage der kommunalen Arbeitslosenversicherung hat die Verwaltung der Stadt Düsseldorf eine Denkschrift ausarbeiten lassen. Das Ergebnis der Denkschrift kommt in folgendem Beschluss zum Ausdruck, den die Verwaltung der Stadtverordnetenversammlung vorlegte und den diese einstimmig annahm: „Stadtverordnetenversammlung nimmt von dem Bericht des Statistischen Amtes betreffend die Arbeitslosenversicherung zufrieden Kenntnis und erachtet die Verwaltung, durch Bericht erachtene Weise den Erfolg eines Reichsgesetzes zu betreiben, welches den Gemeinden das Recht zur Errichtung kommunaler Arbeitslosenver-

sicherungskassen mit Beitragszwang für die in Frage kommenden, im Gesetz selbst noch näher zu bestimmenden Personengruppen verleiht."

Blanzig Jahre Organisationsarbeit im Friseurgewerbe. Der Verband der Friseurgehilfen wurde vor 20 Jahren, im August 1889, gegründet. Wenn er es im ersten Jahrzehnt seines Bestehens noch nicht auf 1000, im zweiten Jahrzehnt nicht über 2000 Mitglieder gebracht hat, bei etwa 25 000 beschäftigten Gehilfen, so liegt dies lediglich an den im Barbier- und Friseurgewerbe bestehenden eigenartigen Verhältnissen. Die Gehilfen sind mit 23 Jahren schon zu alt, zu teuer, und werden als baldige Konkurrenten gefürchtet. Ihre Gehilfenzentren betrachten sie ohnehin als ein Nebengangsstadium zur Meisterschaft. Die ungünstigen Arbeitsbedingungen veranlassen die Gehilfen, sich so bald als möglich "selbstständig" zu machen, die bevorzugung der jüngsten, billigsten und willigsten unter ihnen zwingt sie dazu. Erst als "Selbstständige" werden die meisten gewahr, daß sie vom Regenschlechter Arbeitsbedingungen unter die Traufe nicht minder möglicher Ermittlungsbedingungen gekommen sind. Doch dann ist es zur Selbsthilfe durch die Organisation auch schon zu spät. Die Gehilfenzentren wählt in der Regel nur fünf Jahre, einschließlich der Militärdienstzeit. Die Organisation muß also ihren Mitgliederbestand ständig erneuern; ihn außerdem zu vergrößern, ist eine recht schwierige und wenig fruchtbare Aufgabe. Die Jugend der Gehilfen, das patriarchalische Arbeits- und Bevorzugungssystem, das Trinkgeldweisen, sowie das ganze Barbierzubehör führen dazu, das Leben von der leichtesten Seite zu nehmen.

Natürlich hat die Organisation auch mit der Gegnerschaft der Meisterverbände zu rechnen, die nichts unver sucht lassen, um die Organisation am Aufkommen zu verhindern. Von den 44 900 männlichen und weiblichen Selbstständigen, die bei der letzten Verfassung im Haupterverband den Beruf ausüben, sind über 25 000 in vier Verbänden vereinigt. Davon zählt der Barbier-Zinnungsbund allein etwa 20 000 Mitglieder, die fast über ganz Deutschland verteilt sind und durch ihre Arbeitsnachweise den Arbeitsmarkt völlig beherrschen. Das die Zinnungsnachweise zugleich als Maßregelungsbüro für unbefähigte Gehilfen fungieren, daraus macht dieser Bund kein Hehl. Im Gegen teil, er röhrt seinen "vorausichtlichen Erkenntnisdienst", dem außer dem Arbeitsnachweis ein Altersbuch dient, das die Gehilfen führen müssen, um nicht an freiwilliger Arbeit verhindert zu werden.

Die Arbeitslosigkeit im Gewerbe ist ungemein groß. Nach den Angaben des Bundes befinden sich im Sommer vorjahren Jahres unter seinen 19 881 Mitgliedern nur 10 416 Gehilfen; 9541 waren Lehrlinge. Im Winter werden noch einige hundert Gehilfen weniger beschäftigt. Sonnabends und Sonntags dürfen die Stellungslosen ausschlafen, doch im Winter können nicht einmal alle zur Aus hilfe gebraucht werden. Viele müssen vom Gewerbe um satzen und kommen dann als Fabrikarbeiter in Organisationen anderer Berufe. In den Verbänden der Metall arbeiter, Fabrikarbeiter usw. sind mindestens ebensoviele frühere Barbier- und Friseurgehilfen zu finden, wie im Friseurgehilfenverband.

In Würdigung all dieser Umstände hat es der Kölner Gewerkschaftskongress für notwendig erklärt, daß die Mitglieder der Gewerkschaften die sich ihnen als Kunden der Friseurgeschäfte bietende Gelegenheit benutzen, um die Gehilfen auf ihre Organisation hinzuweisen und den Geschäftsinhabern zu bedenken, daß sie das Koalitionsrecht auch ihrer Gehilfen zu respektieren haben.

Heute ist es der Organisation noch unmöglich, ohne ständige moralische Unterstützung und Förderung durch die Gewerkschafts- und Parteigenossen vorwärts zu kommen. Mit der Zeit wird diese Unterstützung schon aus dem Grunde wegfallen und unmöglich werden, weil die mehr und mehr zunehmende Konkurrenz im Barbiergewerbe die Bebeschäftigung von Gehilfen in den Arbeitervierteln überflüssig macht.

Die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen werden dadurch charakterisiert, daß die tarifliche Mindestarbeitszeit wöchentlich 7½ bis 8½ Stunden beträgt und daß erst an fünf Orten die organisierten Gehilfen reinen Geldlohn erhalten, dessen Höchtlage 20 bis 28 Mark betragen. Obgleich verheirakte Mitglieder fast gar nicht in Frage kommen und die Unterstützungsseinrichtungen des Verbandes verhältnismäßig recht gute sind, ist für viele Gehilfen der Wochenbeitrag von 50 Pf. zu hoch, weshalb der Verband jetzt eine zweite Beitragssklasse mit 30 Pf. einführt. Dadurch ist nun auch den schlecht entlohnten die Möglichkeit gegeben, sich organisieren zu können. — Wirken so alle Kräfte vereint für die Organisation, dann wird der Verband im dritten Jahrzehnt seiner Tätigkeit noch ersprießlicher für die Berufsgenossen wirken können.

Maßnahmen gegen die Steuerwirkungen im Tabakgewerbe. Der Tabakarbeiterverband und der Verband der Zigarettenrührer haben in einer gemeinschaftlichen Konferenz Stellung genommen zu der Frage, in welcher sich die Tabakarbeiter durch die neue Steuergesetzgebung befinden. Bekanntlich ist im Reichstage eine Unterstützung der Arbeiter, die durch die Erhöhung des Tabakzolls arbeitslos werden, beschlossen worden. Der Bundesrat hat die näheren Ausführungsbestimmungen bereits zu einem Entwurf ausgearbeitet, der in einigen Orten auch den Vertrauenspersonen der Arbeiter vorgelegt worden ist. Die Verbände der beiden Organisationen haben nun mehr auch den Entwurf einer genauen Prüfung unterzogen und haben daran manches gefunden, was einerseits den Arbeitern sehr zum Nachteil gereichen könnte, anderseits auch praktisch schwer oder gar nicht durchgeführt werden kann. Die beiden Organisationen weisen in einer gemeinsamen Publikation auf diese Mängel hin und ermahnen die Tabakarbeiter, in dementsprechenden Orten, in welchen die Arbeiter zur Begutachtung des Entwurfs noch nachträglich herangezogen werden, sollen sie die von den Organisations leitungen gemachten Vorschläge den Behörden empfehlen.

Herner werden den Tabakarbeitern und Arbeiterinnen einige Verhältnissmaßregeln gegeben. Bei infolge der Zollerhöhung eingetretener Arbeitslosigkeit oder bei einer Arbeitszeitbeschränkung in der Höhe eines Viertels ihres bisherigen Arbeitsverdienstes sollen sie sofort Unterstützungsansprüche gestellt machen. Sie sollen sich vom Unternehmer eine Belohnung über ihre Lohnneinbuße ausstellen lassen und einen entsprechenden Antrag den Behörden einreichen. Werden sie mit ihren Unterstützungsansprüchen von den Behörden abgewiesen, so wird ihnen empfohlen, über die Gründe der Zurückweisung eine schrift-

liche Begründung zu verlangen und diese den Bevollmächtigten des Verbandes einzusenden, der sie dann an die Centralvorstände weitergeben muß. Die Vorstände entscheiden dann, welche Mittel angewandt werden sollen, um die Arbeiter zu ihrem Rechte auf Unterstützung zu verhelfen. Nach dem Entwurfe sollen zur Feststellung für Unterstützungen die Polizeibehörden in Anspruch genommen werden. Die Bevollmächtigten der Zahlstellen werden aufgefordert, den Behörden schriftlich ihre Bereitwilligkeit zu erklären, eine Kontrolle über die Arbeitslosen im Berufe und am Orte auszuüben. Mit aller Entscheidlichkeit abgelehnt soll ein etwaiges Ansinnen von den Behörden werden, Arbeitslose zu Streikbrecherdiensten im Tabakarbeitergewerbe oder in andern Gewerben zu bestimmen. Die Bevollmächtigten sollen dagegen sofort bei den Behörden sowie auch öffentlich Protest erheben.

Gegen den Versuch einer Lohnherabsetzung sollen sich die Tabakarbeiter allerorten wehren und für jeden Fall, daß sie zur Abwehr solcher Versuche zu Arbeitseinrichtungen gezwungen werden und ihnen deshalb von den Behörden etwa die Unterstützung verweigert wird, dies sofort zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Die Vorstände der Verbände werden sich wegen solcher Unterstützungsverweigerung beschwerdeführend an die Regierung, den Reichstag und den Bundesrat wenden.

Zur Überwindung der eintretenden Krise wird empfohlen, bei den Fabrikanten dahin zu wirken, daß Arbeitserlassungen nicht vorgenommen werden, dagegen dafür einzutreten, daß die bei einer Firma Beschäftigten am schichtig oder abwechselnd die Arbeit aussehen. Wo dies nicht durchführbar ist, soll auf eine Beschränkung der Arbeitszeit hingewirkt werden.

Vollberechtigte Verbandsmitgliedern, denen Unterstützungsansprüche von den Behörden ohne berechtigten Grund zurückgewiesen werden, können von den Vorständen Darlehen aus der Verbandskasse bewilligt werden, die von den Betreffenden sofort nach Anerkennung ihres Anspruchs durch die Behörden zurückzuzahlen sind. Die Höhe der Darlehen bestimmt der Vorstand. Die Unterstützung derjenigen Mitglieder, die keinen berechtigten Anspruch auf Unterstützung durch die Behörden haben, regelt die Vorstände nach den statutarischen Bestimmungen der Verbände. Diejenigen Mitglieder, die mit drei Vierteln ihres Arbeits verdienstes seitens der Behörden unterstützt werden, oder deren Arbeitsverdienst sich nicht um mehr als ein Viertel vermindert hat, können in Berücksichtigung der abnormalen Verhältnisse keine Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Eins der schmugligsten Ausbenter- und Scharfmacherorgane, die „Hamburger Nachrichten“, schreibt über Steuern und Arbeiterschaft folgendes:

"Doch er nicht zu klagen hat, wenn er Arbeit findet, muß der Arbeiter wohl selber einzäumen. Wer als Stand ein solches Heer von sozialdemokratischen Parteielangestellten und Agitatoren unterhalten kann, wer eine so große Menge sozialdemokratischer Zeitungen und Zeitschriften lebensfähig zu erhalten vermag, dem kann es nicht schlecht gehen. Ein Sonntagsstaat ist die Arbeitertochter von der Uhrger- und Beamtenmutter nur dadurch zu unterscheiden, daß sie mehr aufgedonnert einhergeht und noch nicht ge lernt hat, sich mit Geschick zu kleiden. Der Gastwirt weiß es lange, daß es ein gutes Geschäft ist, ein Lokal für Arbeiter zu haben. Und warum läßt mancher Geschäftsmann sich den sozialdemokratischen Terror gefallen? Doch nur, weil er sich geschäftlich ganz gut dabei sieht. Niemand merkt man etwas von einem Mot stand unter den Arbeitern?"

Über in Wirklichkeit tragen ja die Arbeiter die Mehrbelastung gar nicht, sondern wälzen sie in der Form einer Lohnnerhöhung auf die Arbeitgeber ab. So tragen ja auch heute die Arbeiter nicht den Teil der Arbeiterversicherungskosten, der gesetzlich auf sie fällt, sondern ihre Löne sind seit dem Inkrafttreten der Versicherungsgesetze so sehr gestiegen, daß sie nicht nur die Last von ihren Schultern abgewälzt, sondern noch ein Erhebliches darüber hinaus gewonnen haben. Werden durch neue Steuern einige Bedarfs- oder auch nur Gewaltzettel etwas im Breite verteuert, so wird es dem Arbeiter nicht einfallsen, seinen Bedarf an diesen Artikeln einzuschränken, oder sich sonstwie Entbehrungen aufzuerlegen. Er wird eben seinem Arbeitgeber sagen, daß er mit seinem bisherigen Lohn nicht auskommen kann und Erhöhung fordern. Die Sozialdemokraten reden gern vom profitwütigen Unternehmer, der die Arbeiter dorben läßt, um seinen Beutel zu füllen. Im Grunde aber ist der Unternehmer ein viel harmloser Mensch, der gern die Wünsche seiner Arbeiter erfüllt, wenn er nur kann und wenn er sie nur für berechtigt hält. Wenn auch nicht von heute auf morgen, so doch in kurzer Frist wird der Arbeiter, was ihm an indirekten Steuern abgenommen wird, an höherem Lohn herausgeschlagen haben und wenn irgend möglich noch ein Plus für seine Kasse herauszuschlagen.

Mag also kommen, was kommen will, bei allen Steuern braucht auf die Arbeiter keine Rücksicht genommen zu werden. Erlaubt ihnen ihre wirtschaftliche Lage große Opfer für die Sozialdemokratie, so könnte sie ihnen auch gern einmal Opfer für das Vaterland erlauben. Sie klagen über das viele für Heer und Marine ausgegebene Geld und bedenken nicht, daß nur in Friedenszeiten Arbeit und Verdienst für sie zu finden ist, bedenken nicht, daß das, was für Heer und Marine ausgegeben wird, Geld ist, das in Deutschland bleibt und wo von der deutschen Arbeiter sein gut Teil verdient, bedenken nicht, daß die im Heer und in der Marine Dienenden ihnen die lästigsten Konkurrenten wären, wenn sie auf einmal alle entlassen würden. Also schon aus dem Grunde könnte der Arbeiter an der allgemeinen Last etwas mittragen helfen. Nur er das aber gar nicht einmal tut, sondern alles auf den Arbeitgeber abwälzt, ist erst recht kein Grund, von den leistungsschwachen Schultern der Arbeiter zu reden. Wenn die Sozialdemokraten es tun, so begreift man es, da sie die Arbeiter in opferfreudiger Stimmung für ihre Zwecke erhalten müssen. Darum aber haben die bürgerlichen Parteien nicht nötig, den Herren "Genossen" solche Redensarten gedankenlos nachzuplappern."

An diese durch keine Spur von Sachkenntnis getriebenen Ausschüttungen eines kapitalistisch verfeuchten Intellektus wollen wir kein Wort der Kritik verschwenden. Ein derartiges Geschwätz richtet sich selbst.

Kommunale Arbeitsnachweistellen. Nach der in der letzten Nummer des Ministerialblattes der Handels- und Gewerbeverwaltung veröffentlichten "Übersicht über die

in Preußen vorhandenen kommunalen oder mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweistellen nach dem Stande vom 1. Januar 1909" sind bei den allgemeinen Nachweistellen im Jahre 1908 Stellen

	angeboten	gesucht	vermittelt
gegenüber im Jahre 1907	606 772	996 600	459 705
" " " 1908	686 583	806 752	489 174
" " " 1905	671 926	755 255	460 213
	667 568	693 186	390 908

Während danach die Zahl der gesuchten Stellen auch im Jahre 1908 weiter gestiegen ist, weist unter dem Einfluß der rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung sowohl die Zahl der angebotenen Stellen als auch, wenn gleich nicht in gleichem Maße, die Zahl der Vermittlungen einen Rückgang auf. Mehr als 10 000 Stellen haben im abgelaufenen Jahre vermittelte 18 Arbeitsnachweistellen in Berlin (88 767), Frankfurt a. M. (37 622), Cöln (25 753), Düsseldorf (25 501), Bremen (17 474), Dortmund (17 309), Magdeburg (16 090), Breslau (12 526), Aachen (12 372) und Charlottenburg (11 779), mehr als 5000 bis 10 000 Stellen die Arbeitsnachweise in Elberfeld (9814), Erfurt (9803), Cassel (9513), Hannover (9338), Schöneberg (9330), Wiesbaden (7970), Bremen (7360), Nienburg (6039), Bielefeld (5638), Königsberg (5509), Potsdam (5487) und Essen (5329). Während einige kleinere Nachweistellen eingegangen sind, wurden 39 Arbeitsnachweistellen neu begründet, davon im Regierungsbezirk Cassel 17 und im Regierungsbezirk Wiesbaden 10, die zumeist dem Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverband in Frankfurt a. M. angehören wurden, außerdem in einer Reihe mittlerer Gemeinden, so in Pankow, Cottbus, Schönebeck, Rendsburg und Leer. Die Gesamtzahl der Arbeitsnachweistellen ist im letzten Jahre von 222 am 1. Januar 1908 auf 254 am 1. Januar 1909 gestiegen. Hieron sind 150 kommunale Arbeitsnachweise, die übrigen 104 Nachweistellen werden mit kommunaler Unterstützung betrieben.

Man muß sich zu helfen wissen! Die Deutsche Arbeitgeberzeitung befindet sich in großer Klemme. Seit ihrem Bestehen schimpft sie auf die Sozialdemokratie als eine Kulturfeindin und die sozialdemokratischen Arbeiter stellt sie teils als halbdiotische Dummköpfe, teils als raffinierte Spitzbuben hin. Nun mehren sich aber gerade in letzter Zeit die Urteile von Theoretikern und Praktikern, die im Gegen teil die sozialdemokratischen Arbeiter als die Elite der Arbeiterschaft schildern. Wie zieht sich nun der berühmte Dr. Felix Seuh — die sogenannte Blindkuh — aus der Schlinge? Wenn die Behauptungen der erwähnten Männer wahr sind, so stehen wir — seiner Meinung nach — vor einer doppelt ernsten Gefahr. Dann wäre nämlich die Erziehung von den guten Früchten gegeben, an denen der Wurm am liebsten nagt, und die Sozialdemokratie, die auf diese Weise als Verführerin gerade herüchtigsten Kräften der Nation aufzutreten würde, wäre um dieser Eigenschaft willen als ein noch schlimmerer Schädling anzusehen, dessen Bekämpfung, wenn nicht schon aus andern Gründen, mit vielfach vermehrtem Eifer betrieben werden müßte."

Ein Fuchs, der im Klemme sitzt, oder eine Kuh, die sich in einer Dornenhecke verstrickt hat, kann sich nicht genialer aus der Klemme ziehen, als dieser Scharfmacher.

Baugewerbliches.

Bauarbeiterkongress-Konferenz für Schlesien und Böhmen.

Im Einverständnis mit der Central-Kommission für Bauarbeiterkongress lädt der unterzeichnete Vorstand die Bauarbeits-Arbeiterorganisationen vom Geltungsbereich der Schlesisch-Böhmischen Berufs-Genossenschaft zu einer

Bauarbeiterkongress-Konferenz

auf Sonntag, den 22. August, vormittags 10 Uhr, in das Gewerkschaftshaus zu Breslau, Margaretenstr. 17, ein.

Als Tagesordnung schlagen wir vor: 1. "Der gesetzliche Bauarbeiterkongress". Referent: Genosse G. Heinke, Hamburg. 2. "Die Handhabung des Bauarbeiterkongresses in Schlesien und Böhmen". Referent: Genosse Heinrich Möller, Breslau. 3. Diskussion und Anträge.

Berechtigt, zu dieser Konferenz Delegierte zu entsenden, sind alle Zweigvereine resp. Zahlstellen der für den Bauarbeiterkongress in kommenden Gewerkschaften sowie die für die einzelnen Orte bestehenden Bauarbeitskongress-Kommissionen.

Die Delegierten, die sich durch Mandate auf der Konferenz zu legitimieren haben, werden erwartet, rechtzeitig zu erscheinen, damit die Konferenz pünktlich eröffnet werden kann.

Besondere Einladungen ergehen nicht.

Der Vorstand der Bauarbeitskongress-Kommission Breslau.

J. A.: Otto Bachmann, Vorsitzender.

An die baugewerblichen Arbeiter in Hessen-Nassau und Waldeck.

Die Bauarbeitskongress-Kommission in Frankfurt a. M. beruft im Einverständnis mit den Vorständen und Gauleitungen der baugewerblichen Organisationen eine

Bauarbeitskongress-Konferenz

ein. Sie findet am Sonntag, den 5. September 1909, vorm. 9½ Uhr, in Frankfurt a. M. im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Am Schwimmbad 8/10 statt.

Tagesordnung:

1. Der Bauarbeitskongress und die Haltung der Parlamente, Regierungen und Berufsgenossenschaften zu demselben. Referent: Gauleiter Wilh. Kremer, Frankfurt a. M.

2. Der Bauarbeitskongress in Hessen-Nassau und die Aufgaben der Gemeinden. Referent: Gauleiter Heinrich Hüttemann, Frankfurt a. M.

3. Diskussion und Anträge.

Die Vorstände im Baugewerbe nehmen überhand, ohne daß sich die maßgebenden Faktoren bemüht fühlen, etwas zu tun. Eine öffentliche Stellungnahme der Bauarbeiter macht sich unbedingt nötig. Es gilt ferner Stellung zu nehmen zu den längst reformbedürftigen Unfallverhütungsvorschriften der Hess.-Nass. Baugewerbs-Berufsgenossenschaft. In keiner Weise reicht der sittlich-saniäre Schutz der Bauarbeiter, weder im Hoch- noch in den Kleinstbau aus und es gilt nun, das alles einmal mit wünschenswerter Deutlichkeit zu sagen.

Aus diesen Gründen werden alle Baugewerbe, Organisationen ersucht, sofort Stellung zur Beschlebung der Konvention zu nehmen und vom Recht, Delegierte zu entsenden, ausgiebig Gebrauch zu machen.

Wir ersuchen in Abetracht der knappen Zeit um rechtzeitiges Erscheinen und bitten, Anfragen aller Art an unsern Kontrolleur A. Kaiser, Frankfurt a. M., Allerheiligenstr. 51 zu richten.

Die Bauarbeiterkenschutz-Kommission Frankfurt a. M.

Nb. Ego, Vorsitzender.

Die Schlamperei im Baugewerbe der Pfalz (Bayern) veranlaßte die dortige Regierung, darauf hinzuweisen, daß bei Vornahme von Verputz-, Maler-, Tüncher- und ähnlichen Arbeiten selbst an mehrere Stock hohen Häusern Leitern verwendet werden, auf denen die Arbeiter ohne jeglichen Schutz gegen Absturz ihren gefährlichen Beruf ausüben müssen. In den meisten Fällen seien diese Leitern, die oft durch Zusammenbinden verlängert werden, nicht einmal gegen Abrutschend und Auswischen gesichert, sondern lediglich an den Häuserseiten angelehnt. Zwecks Abwendung der sich aus dieser Arbeitsweise ergebenden Unfallgefahr, und um einen einheitlichen Vollzug der Bestimmungen der überpolizeilichen Vorschriften zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Personen herbeizuführen, wird bestimmt, daß als Arbeiten mit erheblicher Absturzgefahr im Einne der oben erwähnten Vorschriften allgemein jedenfalls solche zu erachten sind, welche an mehrgeschossigen Gebäuden vorgenommen werden, und daß daher beim Anstreichen, Abwaschen sowie bei der Vornahme größerer Ausbesserungen an mehrgeschossigen Häusern den überpolizeilichen Vorschriften entsprechend Gewisse heranzustellen sind. Gegen Zuüberhandelnde soll mit allem Nachdruck eingeschritten werden. Die Frage, ob auch bei eingeschlossenen Bauten im Einzelfalle die in Rede stehende Bestimmung Anwendung zu finden hat, werde durch diese Entscheidung nicht angegriffen.

Gerichtliches.

Berechtigte Unimotität gegen Streitbrecher. Vor dem Schöffengericht Magdeburg-Reinhardt hatten sich drei junge Männer und eine verheiratete Frau wegen Bergchens gegen § 153 der Gewerbeordnung und wegen öffentlicher Bekleidung zu verantworten. Sie sollten gelegentlich der Schuhmacherausstellung bei der Firma Bühring & Co. mehrere arbeitswillige Arbeiterinnen durch Drohungen zu veranlassen versucht haben, sich den Ausgesperrten anzuschließen. Weiter sollten sie Schimpfsachen gebraucht und u. a. gezeigt haben: "Wenn es erst dunkel ist, dann bekommt ihr eure Tracht!" Das Gericht sprach zwei der Angeklagten entsprechend dem Urteil des Amtsgerichts frei und verurteilte die beiden andern zu 20 resp. 30 Mk. Geldstrafe, jedoch nur wegen Bekleidung. Der Amtsgerichtsbeamte in seinem Plaidoyer die gefallenen Neuerungen als aus berechtigter Unimotität gegen die Arbeitswilligen hervorgegangen.

Christliche Verleumder. Unter dieser Überschrift gaben wir in Nr. 5 des Vereins-Anzeiger bekannt, daß der Vorsitzende der Zahlstelle des christlichen Malerverbandes in Düsseldorf, Petermann, wegen Bekleidung des Kollegen Buchelt zu 30 Mk. oder sechs Tagen Gefängnis und Entzug der Freiheit verurteilt wurde, da er von dem ihm angebotenen Vergleich nichts wissen wollte. Gegen das Urteil legte der Verurteilte Berufung ein, zog sie aber bald darauf wieder zurück, was unserm Bezirksteile erst auf seine Anfrage vom 13. Juli hin mitgeteilt wurde. Aus dem Text des Urteils gehen wir hervor:

"In der Privatklagesache des Gewerkschaftsbeamten Otto Buchelt zu Köln gegen den Maler gehilfen Petermann zu Düsseldorf (Vorsitzender der Zahlstelle des christlichen Malerverbandes) wegen Bekleidung, hat das Königliche Schöffengericht in Düsseldorf in der Sitzung am 20. Januar 1909 für Recht erklärt:

"daß der Angeklagte wegen Bekleidung zu einer Geldstrafe von 30 Mk. im Unvermögensfalle zu 10 Tagen Gefängnis zu verurteilen und die Kosten des Verfahrens zur Last zu legen."

Gründe: Angeklagter ist Vorsitzender der Zahlstelle des christlichen Malerverbandes zu Düsseldorf, Privatkläger des freien Malerverbandes für Rheinland und Westfalen.

Mitte September 1908 traf der Angeklagte auf der Straße mit dem Maler gehilfen Hermann Petermann zusammen. Dieser hatte einen Aufstreicher bei sich, den er als Mitglied des freien Malerverbandes gewinnen wollte.

Angeklagter mischte sich in das Gespräch ein und um den freien Malerverband zu charakterisieren, äußerte er: "Der Gauleiter Buchelt in Köln habe dem Verband 750 Mk. unterschlagen."

Petermann teilte diese Neuerung dem Privatkläger mit, der den Petermann ermächtigte, diesbezüglich den Angeklagten zur Stelle zu stellen. Das tat Petermann gegen Mitte Oktober; Angeklagter hielt seine Behauptung aufrecht; er fügte hinzu, in einem Flugblatt des christlichen Malerverbandes sei damals die Angelegenheit besprochen worden.

Dieses Flugblatt, welches in der Hauptverhandlung vorgelegt wurde, äußert sich aber über die Unterschlagung eines Kassierers des freien Verbandes Ramon Quanz, der wegen dieser Straftat zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

In der Strafprozeßsache Quanz wurde Privatkläger als Zeuge vernommen und wird auch sein Name in dem Flugblatt erwähnt. Privatkläger fühlt sich durch diese Neuerung des Angeklagten beleidigt und beantragt dessen Bepräfung.

Angeklagter gibt zu, daß Privatkläger sich der Unterschlagung nicht schuldig gemacht habe; er habe sich lediglich in der Person geirrt und die Namen Quanz und Buchelt verwechselt. Eine Absicht, den Privatkläger zu beleidigen, habe ihm fern gelegen; es sei ihm lediglich darum zu tun gewesen, dem Maler gehilfen die Verhältnisse im freien Malerverband zu schildern.

Der § 186 Str.-G.-B. sieht voraus, daß der Täter das Bewußtsein von dem ehrenkränkenden Charakter der Handlung habe und daß die behauptete Tatsache geeignet sei, den Verleierten verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Diese Voraussetzungen liegen vor. Mit der Neuerung trifft Angeklagter den Privatkläger, den er als Gauleiter und mit seinem Namen bezeichnete. Demnach konnten die Personen, die die Neuerung hörten, sie auch nur auf den Privatkläger beziehen.

Es mag nach dem Zeugnis des Prots dem Angeklagten zu gut gehalten werden, daß er nachträglich erst eingesehen hat, daß Quanz und nicht Privatkläger die Unterschlagung begangen hat. Diese Verweichung kann ihn aber nicht schützen. Die von ihm angezeigte Steichgerichtsentscheidung (Band 18, S. 168) betrifft den ganz anderen Fall, daß der Täter sich nicht bewußt war, daß dritte Personen seine Neuerung nach ihrer Fassung auf den Verleierten beziehen könnten. Davon kann hier nicht die Rede sein. Auch der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs kann Angeklagter nicht für sich beanspruchen.

Nach dem Zeugnis des Petersen möchte er sich unberufen in das Gespräch zwischen Petersen und dem Gehilfen. Wie er die Rechte dieses ihm nicht bekannten dritten wahrzunehmen befugt sei, ist nicht erfassbar; keinesfalls kann Angeklagter sich bei dem Vorgang von Mitte Oktober auf diesen § 193 Str.-G.-B. beziehen.

Das Gericht hat hiernach den Angeklagten wegen übler Nachrede nach § 186 Str.-G.-B. verurteilt und bei Abmilderung zwar die bisherige Unbescholtenseitigkeit des Angeklagten berücksichtigt, aber auch der Schwere der Bekleidung Rechnung getragen. Die Kosten fallen dem Angeklagten nach §§ 503, 497 Str.-Pr.-Ord. zur Last."

Verschiedenes.

Gemäldeschmuck in Eisenbahnwagen. Das Zentralblatt der Bauverwaltung schreibt: Als Schmuck für neuere D-Zug-Wagen der sächsischen Staatsbahnen hat die Waggonfabrik Werdau Delgämäde her vorragender sächsischer Städte und Landschaftsbilder von Winckelmann über den Kunstantüren der Abteile erster und zweiter Klasse anbringen lassen. Neben ihrem nächsten Zweck erfüllen die Bilder die weitere Aufgabe, die Reisenden auf die Schönheiten Sachsen hinzuweisen. Damit bewirken sie neben einer Steigerung des Verkehrs auch eine Hebung des Verständnisses für die Schönheiten des Landes und der Teilnahme am Heimatdunk. Dieser erste Schritt im Sinne einer künstlerischen und geschäftlich zweckmäßigen Weiterbildung der Wagenausstattung ist reizvoll zu begrüßen. Die Ausschmückung der Abteilwände mit schön ausgeführten Lichtbildern der durchfahrenden Gegenden ist übrigens u. a. in England längst allgemein üblich und genährt dem Reisenden einen angenehmen Zeitvertreib. Sie scheint sich auch als Lockmittel zu Ausflügen bewährt zu haben, da die Eisenbahngesellschaften, die im übrigen alle verfügbaren Wandflächen zu Anzeigen vermieten, sie sonst kaum so eifrig weiter entwickeln würden. Vielleicht treffen auch die übrigen deutschen Eisenbahnerwaltungen diesen Bestrebungen näher. — Hoffentlich vergessen sie dabei aber nicht, außer der ersten und zweiten Klasse auch die dritte und vierte zu berücksichtigen, die gerade die Überschüsse für die Verwaltungen bringen, aber an Ausstattung recht viel zu wünschen übrig lassen.

Kostenfreie Herienkurse für jeden Vorwärtsstreibenden zur Erlernung der englischen und französischen Sprache, sowie einfacher und doppelter Buchführung, Rechtslehre, Handels-Korrespondenz, Rechnen und Stenographie finden in diesem Semester an der Berliner Handels-Akademie statt. Zusätzlich erhalten den Unterricht nach genauer Anleitung schriftlich kostenfrei Überwachung aller Art Arbeiten durch erstklassige Fachlehrer. Am Schluss findet eine Prüfung statt, worauf die Studierenden ein Zeugnis erhalten. Die zum Unterricht nötigen Lehrmittel hat sich jeder Teilnehmer selbst zu beschaffen, weitere Kosten als Porto erwachsen dann nicht. Höhere Schulbildung nicht erforderlich. Unterrichtsbauer 4 bis 6 Monate pro Fach. Anfragen unter Beifügung des Rückportos sind an die Direktion der Berliner Handels-Akademie Reil, Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 19, zu richten.

Ein Universalgenie oder ein Spaßvogel? Im Stadt-Anzeiger der "Kölnischen Zeitung" befindet sich folgende Anzeige: "Jünger, starker, unverheirateter Mann, mit guter Handschrift und englisch sprechend, besitzt mehr oder minder Kenntnisse und Fähigkeiten in folgenden Berufen: Heizer, Maschinist, Schlosser, Klempner, Schreiner, Maurer, Verputzer, Anstreicher, Polierer, Glaser, Tapetierer, Polsterer, Schuster, Schneider, Bügler, Friseur, Meißner, Koch, Verkäufer, Kutscher, Transporteur usw. ist an Selbständigkeit gewöhnt, sucht bei gewöhnlichen Ansprüchen in Stellung in großem Hause usw., wo auf Vielseitigkeit reflektiert wird."

Arabische Bildersammlung in der Alhambra. Die Restaurierungsarbeiten in der Alhambra zu Granada haben in letzter Zeit hin und wieder zur Aufdeckung mancher neuen dekorativen Details geführt. Wie der Dr. Bta. soeben aus Madrid gemeldet wird, hat man in dem früher nur wenig beachteten "Torre de las Damas" unter der Gipsverkleidung Wan malereien herausgefunden, auf denen eine große Anzahl von Arabern dargestellt sind, sichtbar ist. Dieser Fund ist in kulturhistorischer und touristischer Hinsicht gleichermassen interessant. Denn wenn auch die auf drei, verhältnismäßig kleine Flächen verteilten Gemälde an vielen Stellen leider sehr schlecht erhalten sind und ganze Figuren ausgewischt oder verstimmt erscheinen, so ermöglicht der Gesamtzustand doch soweit eine Rekonstruktion der dargestellten Szenen, daß sich aus ihnen wohl eine der seltenen derartigen bildlichen Überlieferungen in arabischer Sitten und Gebräuche gewinnen läßt. Der Leiter der Alhambra-Restaurierungskommission, Señor Gomez Moreno, nimmt als Entstehungszeit dieser Wandgemälde die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts, die Regierungszeit Yusufs I., genannt Abd al-Hadid, an, schreibt also die Autorschaft unbedingt arabischen Künstlern zu. Hiermit wäre aber andererseits auch wieder einmal die irrtümliche Auffassung widerlegt, als habe die mohammedanische Kunst in strenger Befolgung einer Vorschrift des Korans die biblische Darstellung des Menschen unbedingt ausgeschlossen. Neben dieser Frage läßt sich der Gelehrte in seinem Bericht an die "Real Academia de Bellas Artes" eingehend aus. Er führt als Beispiele eine Reihe an verschiedenen Stätten des Orients aufgefundener, sehr früher bildlicher Szenen aus dem arabischen Leben an und meint, daß bei den Mauren in Spanien der Umgang mit den Christen die Sitte ganz besonders begünstigt haben mag, die Wände ihrer Häuser und Paläste mit Porträts und ähnlichen Figuren zu schmücken. Damals sei unter ihnen sogar eine gewisse Art in Malaga und Almeria hergestellter Kleider Mode

gewesen, die mit den in reicher Stickerei ausgeführten Bildnissen von Kalifen und anderen hervorragenden Männern verziert waren.

Vom Ausland.

Oesterreich. Nach Abbazia, Meran und Bregenz ist jeder Zugang von Malern, Anstreicher und Lackierern streng fernzuhalten.

In Graz sind die Lackiererwerkstätten Blühme, Ursich und Neemahen gesperrt.

In Neustadt a. d. T. (Mordböhmen) ist die Werkstätte Leibl gesperrt.

Ungarn. Nach Budapest ist Zugang von Malern, Anstreicher und Lackierern streng fernzuhalten.

In Nagyvarad wollen die Unternehmer den Stundenlohn von 46 Heller auf 42 herabsetzen. Zugang ist fernzuhalten. In Marosvásárhely haben die Kollegen der Firma Eugen u. Desider Nagy am 13. Juli die Arbeit eingestellt, um der der Firma verblebten Arbeitsordnung Wettung zu verschaffen. Nach einheimisch halbwüchsigen Kampf siegten die Kollegen, indem ihre vollen Forderungen bewilligt wurden. Die verlorene Arbeitszeit wurde ihnen ebenfalls vergütet.

Schweiz. Gesperrt ist Winterthur.

Schweden. In Stockholm wurden mehr als 13 000 Arbeiter ausgesperrt. Zwei Holzsleifereien, die dem Papierfabrikverband angehören und Fabriken des Textil- und Stoffverbandes haben zu dieser Maßregel gegriffen. Am 2. August wird die Aussperrung auf den Eisenwerkverband ausgedehnt. Falls auch dieser Schritt erfolglos bleibt, werden weitere Aussperrungen nach den Bestimmungen des schwedischen Arbeitgeberverbandes erfolgen. Ende Juli waren bereits 40–50 000 Arbeiter ausgesperrt. Das Landesssekretariat der Schweiz hat dem Arbeitgeberverein mitgeteilt, daß beschlossen worden ist, an die Mitglieder sämtlicher Landesorganisationen eine Proklamation zu senden, in der zur Arbeitsniederlegung im ganzen Land am 4. August aufgerufen wird.

Dem Jahresbericht der Gewerkschaftskommission Österreichs ist zu entnehmen, daß auch die österreichische Arbeiterschaft die volle Wucht der wirtschaftlichen Depression zu führen bekam. Das Jahr 1908 wurde dadurch zu einem harten Jahr der Prüfung für die Gewerkschaften Österreichs, die ohnehin infolge der politischen Besetzung des Landes sowie einer reaktionären Geschäftsgewerbe und arbeiterfeindlichen Verwaltungspraxis weit schwächer um ihre Existenz zu ringen haben, als die reichsdeutschen Organisationen. Unter Berücksichtigung dieser erschwerenden Umstände haben unsre Bruderverorganisationen im Nachbarland das Krisenjahr verhältnismäßig gut überstanden.

Die Wirkung der Krise läßt sich mit ziffernmäßiger Deutlichkeit aus den Kassenabrechnungen der Gewerkschaften feststellen. Waren im Jahre Geschäftsjahr 1908 für Weise, Arbeitslosen und Notfallunterstützungen zusammen 1 361 000 Kr. für Streiks und Aussperrungen dogegen 1 919 000 Kr. ausgegeben wurden, mußten im Geschäftsjahr für die erstwähnten Unterstützungsweisen rund 2 345 000 Kr. ausgezahlt werden, während die Ausgaben für die Lohnkämpfe nur 1 455 000 Kr. betrugen. Die verminderte Erwerbsmöglichkeit und große Arbeitslosigkeit, die durch die angeführten Zahlen dokumentiert wird, konnte natürlich nicht ohne Einfluß auf den Mitgliedsstand bleiben. Wohl wurden 176 819 Mitglieder neugewonnen, doch überwiegt die Zahl der Ausgeschiedenen mit 195 634, so daß ein Verlust von 18 815 gleich 3,75 Proz. der Gesamtmitgliedschaft entsteht.

Einen größeren Mitgliederverlust verzeichnen die Verbände der Metallarbeiter, Textilarbeiter, Maurer, Gieherearbeiter und Baufällarbeiter mit je über 2000. Prozentual zur Mitgliederzahl sind am stärksten in Mitgliedschaft gezogen die Biegelerarbeiter mit 45,5, Staseure mit 36,6, Tonarbeiter mit 34,0, Drechsler mit 32,9 und Handfuhnmacher mit 31,2 Proz. Abgang. Dagegen haben eine Anzahl Organisationen auch im letzten Jahre eine zum Teil recht ansehnliche Zunahme erhalten; dazu gehören die Eisenbahner, Bergarbeiter, Handlungshelfer, Lithographen, Maschinisten, Transportarbeiter und andere.

Insgeamt zählten die österreichischen Gewerkschaften am Schluss des Jahres 1908 in 51 Centralverbänden und 78 Lokalvereinen 482 279 Mitglieder, gegen 501 094 Mitgliedern Ende 1907. Da in den Zeiten des guten Geschäftsganges die Verbände fast durchweg eine Erhöhung der Beiträge durchgeführt hatten, konnte das vergangene schwere Jahr trotz Mitgliederverlust und starker Finanzprägnanz der Unterstützungseinrichtungen mit einer Erhöhung des Gesamtvermögens abschließen; dieses beträgt nun rund zehn Millionen Kronen, gegen 8,8 Millionen Ende 1907.

Die Ausgaben der gelauerten Verbände betragen im Durchschnitt pro Kopf im letzten Jahre 17,32 Kr. Hierin entfielen auf Arbeitslosenunterstützung 3,27 Kr., Bildungswecke 2,99 Kr., Krankenunterstützung 1,91 Kr., Notfallunterstützung 1,18 Kr. Die Ausgaben für Streiks sind in diesen Summen nicht enthalten, da die österreichische Gesetzgebung den Gewerkschaften verbietet, Fonds für solche Zwecke zu sammeln. Es sind daher besondere freie Organisationen errichtet, die die Aufgabe haben, den Streikfonds zu beschaffen. Der Beitrag zu dieser Kasse bewegt sich zwischen 5 Heller bis zu einer Krone wöchentlich; bei größeren Kämpfen werden außerdem Extrasteuern ausgeschrieben. Diese freien Organisationen verausgaben für Streiks und Aussperrungen im Jahre 1908 rund 1½ Millionen Kronen.

Aus dem angeführten Bericht, dessen Hauptergebnisse wir mitgeteilt haben, gewinnt man die Überzeugung, daß auch die österreichischen Gewerkschaften eine Stärke erlangt haben, die durch den Angriff der ersten Krise nicht gebrochen werden kann. Wir zweifeln nicht daran, daß der augenscheinliche Stillstand in der Entwicklung nur eine kurze Ruhepause sei und daß nach der Überwindung der Krise die Gewerkschaften stärker und innerlich gefestigter denn je dem Unternehmertum ihre Schlächten liefern werden.

